

Vorwort	4
1 Rechtsextremismus	5
1.1 Entwicklungstendenz	5
1.2 "National-Freiheitliche" Organisationen.....	6
1.2.1 Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D).....	6
1.2.2 Deutsche Volksunion e.V. (DVU).....	7
1.3 " Nationaldemokratische" Organisationen.....	7
1.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	7
1.3.2 Parteiorganisation.....	8
1.3.3 Finanzierung	8
1.3.4 Publikationen	8
1.3.5 Schwerpunkte der Parteiarbeit.....	8
1.3.6 Junge Nationaldemokraten (JN)	9
1.4 Neonazistische Gruppen.....	9
1.4.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP).....	10
1.4.2 "Die Bewegung"	11
1.4.3 MOSLER-Gruppe	11
1.4.4 KÜHNEN-Gruppe	11
1.4.5 Nationalistische Front (NF)	12
1.4.6 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG).....	13
1.5 Rechtsextremistische Jugend organisationen und Randgruppen	13
1.5.1 Wiking-Jugend (WJ)	13
1.5.2 Skinheads.....	13
1.6 Rechtsextremistische Schriften aus dem Ausland	14
1.6.1 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO), USA	14
1.6.2 Samisdat-Verlag, Ernst ZÜNDEL, Kanada	14
1.6.3 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Österreich.....	14
1.7 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten	14
1.8 Partei "Die Republikaner"	15
2 Linksextremismus.....	20
2.1 Entwicklungstendenz	20
2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP).....	21
2.2.1 Ideologisch-politischer Standort.....	21
2.2.2 Innerparteiliche Lage	21
2.2.3 Schwerpunkt der Parteiarbeit.....	23
2.2.4 Teilnahme an der Europawahl.....	24
2.2.5 Teilnahme an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen	24
2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen	24
2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	24
2.3.2 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 25	

2.3.3 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (J P).....	25
2.4 Neue Linke	25
2.4.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD).....	25
2.4.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)	27
2.4.3 Marxistische Gruppe (MG).....	27
2.5 Anarchismus	27
3 Terrorismus	34
3.1 Entwicklungstendenz	34
3.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld	34
3.3 Revolutionäre Zellen (RZ)	37
3.4 Terroristisches Umfeld	38
3.5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten.....	38
3.5.1 Ausgeführte Gewalttaten	38
3.5.2 Angedrohte Gewalttaten	40
4 Ausländerextremismus.....	43
4.1 Entwicklungstendenz	43
4.2 Türken.....	44
4.2.1 Extreme Nationalisten.....	44
4.2.2 Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB)	45
4.2.3 Islamische Extremisten.....	45
4.2.4 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMG T).....	46
4.2.5 Verein zur Erhaltung der islamischen Gebetshäuser Deutschland e. V.	46
4.2.6 Orthodoxe Kommunisten	46
4.2.7 Neue Linke.....	46
4.2.8 Tötlichkeiten zwischen links und rechtsgerichteten Gruppen.....	47
4.3 Kurden.....	47
4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).....	47
4.3.2 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-KURDISTAN).....	48
Kurdistan-Komitee.....	49
4.3.3 Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V (KOMKAR).....	49
4.4 Iraner.....	50
4.5 Inder (Sikhs).....	50
4.6 Srilanker (Tamilen).....	51
4.7 Palästinenser	51
4.8 Iren.....	51
5 Spionageabwehr.....	54
5.1 Entwicklungstendenz	54
5.2 Zielrichtung/Zielobjekte	54

5.3 Anteil der einzelnen Nachrichtendienste	55
5.4 Einzelfälle	55
.....	58
6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers	59
6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten.....	59
6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten	59
7 Anhang.....	60
7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	60
7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse	62

Vorwort

Der Verfassungsschutzbericht NRW 1989 erscheint zum Zeitpunkt der Vereinigung beider deutscher Staaten. Diese Tatsache wird manchem Bürger die Frage nach der Notwendigkeit eines Verfassungsschutzes und eines Berichtes seiner Tätigkeit aufdrängen. Aber gerade dieser Bericht zeigt, daß durch das Ende des kommunistischen Systems auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sich nicht wie Nebel in der Sonne verflüchtigt haben. Die Problemfelder haben sich zwar verlagert, sind aber nicht verschwunden. So ist im Bereich des organisierten Linksextremismus die Zahl der Mitglieder der DKP fast halbiert, ist aber auf der anderen Seite eine deutliche Zunahme bei den Rechtsextremisten zu verzeichnen. Im Bereich der Bekämpfung der Spionage fällt zwar die vom Ministerium für Staatssicherheit und der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR ausgehende Ausspähung fort, die Aktivitäten anderer Nachrichtendienste nehmen jedoch zu. Diesen Gegebenheiten wird organisatorisch Rechnung getragen, die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes (z. Zt. 279) werden entsprechend den veränderten Bedingungen eingesetzt. Das Ergebnis ihrer nach streng gesetzlichen Regeln ermittelten Erkenntnisse dient der Information von Politik und Öffentlichkeit. So können Gefahren rechtzeitig erkannt und die möglichen Abwehrmechanismen in Gang gesetzt werden. Dieses intakte "Immunsystem" hat nicht zuletzt dazu beigetragen, in NRW extremistische Bestrebungen zurückzudrängen. Es ist daher zu wünschen, daß die politische Informationsmöglichkeit durch den Verfassungsschutzbericht - wie bisher - von interessierten Bürgern, vor allem aber in Schulen und bei der Jugendarbeit auch weiterhin voll genutzt wird.



Herbert Schnoor

Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

1 Rechtsextremismus

1.1 Entwicklungstendenz

Der organisierte Rechtsextremismus befand sich 1989 in Nordrhein-Westfalen im Aufwind, ohne jedoch zu einer ernsthaften Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu werden. Die Zahl der Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen betrug in Nordrhein-Westfalen unter Abzug der Doppelmitgliedschaften ca. 6.100 (1988: 4.600), nachdem im Jahre 1989 ein vorübergehender Anstieg auf nahezu 6.300 zu verzeichnen war. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die Mitglieder der Partei "Die Republikaner". Der beachtliche Mitgliederzuwachs ist vor allem auf den Zulauf bei den "National-Freiheitlichen" auf ca. 4.500 Mitglieder zurückzuführen. Hier dürfte die anlässlich der Europawahl von dem Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY mit erheblichen finanziellen Mitteln durchgeführte Propaganda für die Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D) nicht ohne Wirkung geblieben sein. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte keinen vergleichbaren Mitgliederzuwachs vorweisen. Ihre Mitgliederzahl stieg zwar kurzfristig auf ca. 1.200 (1988:1.000), zeigte jedoch bereits Ende 1989 wieder eine Abnahme auf den Stand 1988. Der Mitgliederrückgang erklärt sich aus der Tatsache, daß Mitglieder der NPD aber auch der DVU zu der Partei "Die Republikaner" überwechselten.

Der Anteil der aktiven Neonazis blieb mit ca. 220 (1988: 240), darunter ca. 120 Mitglieder der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), nahezu konstant. Hinzu kommen unverändert ca. 50 Anhänger der Nationalistischen Front (NF). Hauptgrund für die Stagnation ist die anhaltende Spaltung in der "Bewegung" in die Gruppierungen um Michael KÜHNEN einerseits und Jürgen MOSLER andererseits. In Nordrhein-Westfalen wird die Neonaziszene von den Anhängern der MOSLER-Gruppe beherrscht. Die KÜHNEN-Anhänger haben sich infolge eines Stillhalteabkommens inzwischen aus der FAP weitgehend zurückgezogen.

Die rechtsextremistischen Jugendorganisationen wie die Jungen Nationaldemokraten (JN) mit landesweit 100 Mitgliedern (1988: ca. 120) und die Wiking-Jugend (WJ) mit unverändert ca. 100 Mitgliedern sind zwar zahlenmäßig nicht bedeutend, diese Gruppierungen verfügen jedoch über einen Kader aktionistisch gesinnter Mitglieder.

Von den übrigen rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen sind nennenswert die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG), deren Vorsitzende in Bielefeld ansässig ist, und die "NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP-AO), die - wie andere im Ausland ansässige rechtsextremistische Organisationen - durch Verbreitung ihres NS-Propagandamaterials auf sich aufmerksam macht. Die Gesamtzahl der in den übrigen Kleingruppen organisierten Rechtsextremisten dürfte - zumal viele über Mehrfachmitgliedschaften verfügen - in Nordrhein-Westfalen 100 Personen nicht übersteigen.

Hinsichtlich der Partei "Die Republikaner" ist festzustellen daß eine seit dem Frühjahr 1989 durchgeführte Prüfung allgemein zugänglicher Quellen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen (VSG-NW) ergeben hat. Eine planmä-

ßige Beobachtung des Landesverbandes wird daher seit dem 30. September 1989 durchgeführt.

Der Landesverband hat eigenen Angaben zufolge ca. 3.500 Mitglieder, von denen ein Teil bereits durch Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Parteien wie NPD und DVU bekannt war.

Die politische Entwicklung in der DDR und in den Ostblockstaaten blieb nicht ohne Auswirkung auf den Rechtsextremismus. Seine Anhänger sahen nunmehr eine Möglichkeit, durch Agitation in der DDR Mitglieder und Sympathisanten zu werben. Dabei gingen die einzelnen rechtsextremistischen Organisationen unterschiedlich vor. Während sich DVU und NPD bemühten, eigene Organisationen zu gründen bzw. mit bereits bestehenden Parteien vermeintlich gleicher politischer Ausrichtung Kontakte zur Zusammenarbeit zu knüpfen, beschränkten sich die Neonazis auf Besuche in der DDR, um dort Propagandamaterial zu verteilen.

1.2 "National-Freiheitliche" Organisationen

Die "National-Freiheitlichen" haben kein in sich geschlossenes ideologisches Leitbild. Ihre politischen Vorstellungen werden geprägt durch die Zeitungen des Münchener Verlegers Dr. FREY (Deutsche Nationalzeitung, Deutscher Anzeiger, Deutsche Wochen-Zeitung), die sich in ihrer Agitation insbesondere gegen die Aufnahme von Asylanten richten. Auch das Bestreiten der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg und das "Umerziehungs"-Syndrom sind Bestandteile der Agitation dieser Schriften.

1.2.1 Deutsche Volksunion - Liste D (DVU-Liste D)

Die DVU-Liste D wurde am 5. März 1987 unter maßgeblicher Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären der DVU und der NPD gegründet. Sie versteht sich als Wahlverband aller nationalbewußten Deutschen. Die DVU-Liste D verfügt inzwischen in allen Bundesländern über Landes- und Kreisverbände. In Nordrhein-Westfalen konnte sie nicht - wie beabsichtigt - am 22. Januar 1989 den Landesverband Nordrhein-Westfalen gründen, da Gegendemonstranten den Veranstaltungsteilnehmern den Zutritt zum Tagungsort in Schwelm verwehrten. So kam es erst im Februar 1989 im Rahmen einer Großveranstaltung der DVU-Liste D in Ruhstorf/Kreis Passau mit "Delegierten" aus Nordrhein-Westfalen zur Gründung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Die Mitgliederzahl der DVU-Liste D wird nach der Satzungsänderung der DVU für Nordrhein-Westfalen auf insgesamt ca. 4.500 (bundesweit etwa 25.000) geschätzt. Die Aktivitäten der DVU-Liste D waren 1989 geprägt von den Vorbereitungen auf die Teilnahme an der Europawahl am 18. Juni 1989. Zu dem mit großem finanziellen und propagandistischem Aufwand geführten Wahlkampf der DVU-Liste D gehörten bundesweite Postwurfsendungen im Januar und im Mai/Juni 1989, die in der Öffentlichkeit

zumeist ablehnende Reaktionen hervorriefen. Ferner fanden unter dem Motto "DVU-Liste D ins Europaparlament" auch in Nordrhein-Westfalen zahlreiche öffentliche Veranstaltungen statt. Dabei kam es in mehreren Fällen zu Störungen bzw. Störversuchen, u. a. in Bielefeld, Bochum, Bonn-Bad Godesberg, Castrop-Rauxel, Herne, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen und Wuppertal.

Der Parteivorsitzende der DVU-Liste D, Dr. Gerhard FREY, kandidierte als Spitzenkandidat, Martin MUßGNUG - Vorsitzender der NPD - auf Platz 3 der Bundesliste. Die DVU-Liste D erhielt 445.390 Stimmen (1,6 %), davon in Nordrhein-Westfalen 106.949 Stimmen (1,3 %). Herausragende Einzelergebnisse in Nordrhein-Westfalen sind:

Stadt Gelsenkirchen	2.388 Stimmen	(2,0 %)
Stadt Hagen	2.065 Stimmen	(2,1 %)
Stadt Hamm	1.988 Stimmen	(2,5 %)
Stadt Remscheid	1.007 Stimmen	(2,0 %)
Märkischer Kreis	3.869 Stimmen	(2,0 %).

Die DVU-Liste D hatte ein weitaus höheres Ergebnis erwartet. Ihr Ziel, den Einzug ins Europaparlament zu erreichen, hat sie bei weitem verfehlt. Allerdings konnte sie das Ergebnis der NPD, die 1984 an der Europawahl teilgenommen hatte, beachtlich verbessern. Die NPD erzielte damals 198.633 Stimmen (0,8 %). Ohne die Beteiligung der "Republikaner" an der Europawahl wäre das Ergebnis für die DVU-Liste D möglicherweise besser ausgefallen.

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober 1989 kandidierte die DVU-Liste D nur in den kreisfreien Städten Hamm und Mönchengladbach und erreichte insgesamt 1.405 Stimmen = 0,0 %.

1.2.2 Deutsche Volksunion e.V. (DVU)

Bei der bereits 1971 von Dr. FREY gegründeten DVU handelt es sich um eine rechtsextremistische Interessen- bzw. Sammlungsgemeinschaft, die nie an Parlamentswahlen teilgenommen hat. Vorsitzender ist nach wie vor Dr. Gerhard FREY aus München. Die DVU unterhält zwar in allen Bundesländern formell Bezirksverbände; ihre Aktivitäten sind jedoch nach dem Auftreten der DVU-Liste D in Nordrhein-Westfalen weitestgehend zum Erliegen gekommen.

Nach der Satzungsänderung der DVU im Dezember 1988 wurden alle DVU-Mitglieder automatisch auch Mitglieder der DVU-Liste D, sofern sie älter als 16 Jahre waren und dieser Mitgliedschaft nicht ausdrücklich widersprachen.

Auch die von der DVU geschaffenen Aktionsgemeinschaften - Aktion Deutsche Einheit (AKON) - Volksbewegung Generalamnestie (VOGA)

- *Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)*
- *Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)*
- *Ehrenbund Rudel (ER)*
- *Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur*

traten mit eigenständigen Aktionen kaum in Erscheinung. Diese dienen in erster Linie dazu, neue Mitglieder, Spender, Leser und Abonnenten für die Zeitschriften Dr. FREYs zu gewinnen.

1.3 " Nationaldemokratische" Organisationen

1.3.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD ergibt sich - unabhängig von ihrem offiziellen Parteiprogramm und ihrer Satzung - aus einer ständigen, gegen die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten und der Partei politisch zuzurechnenden Polemik. Darin kommen Mißachtung und Ablehnung oberster Verfassungswerte, insbesondere der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems und der Volkssouveränität zum Ausdruck. Daher stellte das Bundesverwaltungsgericht mit Beschluß vom 24. November 1987 (1 WB 105/86) erneut fest, daß die politischen Zielsetzungen, die die NPD in der Vergangenheit verfolgt habe und auch weiterhin verfolge, mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar seien. Es sei unerheblich, ob die NPD im Vergleich zu ihren früheren Verlautbarungen in jüngerer Zeit Äußerungen unterlassen habe, die die Partei in Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus bringe oder diesem annähere. Solange die NPD nicht ausdrücklich von entsprechenden früheren Verlautbarungen Abstand nehme und in ihrem tatsächlichen politischen Handeln glaubhaft Positionen beziehe, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar seien, müsse sie das Erscheinungsbild, das ihre Repräsentanten durch der Partei zurechenbare Verlautbarungen und ihr bisheriges Auftreten in der Öffentlichkeit vermittelt hätten, weiterhin gegen sich gelten lassen.

1.3.2 Parteiorganisation

Die NPD, die seit 1971 von dem Rechtsanwalt Martin MUßGNUG aus Tuttingen geführt wird, hat ihren Sitz in Stuttgart. Sie verfügt in Nordrhein-Westfalen über einen Landesverband, Sitz in Bochum-Wattenscheid, fünf Bezirks- und 54 Kreisverbände unterschiedlicher Aktivität. Die Mitgliederzahl liegt bei ca. 1.000 (bundesweit ca. 7.000).

1.3.3 Finanzierung

Zur Finanzierung ihrer Arbeit ist die NPD neben den Mitgliedsbeiträgen vor allem auf Spenden angewiesen. Daneben versucht die Partei, über "Freundes-" und "Förderkreise" an weitere Geldmittel zu gelangen. Wegen ihres Verzichts auf die Teilnahme an der Europawahl 1989 und den damit verbundenen Rückzahlungsverpflichtungen bereits erhaltener Wahlkampfkostenvorschüsse ist die Partei Ende 1989 in einen finanziellen Engpaß geraten.

1.3.4 Publikationen

Presseorgan der NPD ist die monatlich erscheinende "Deutsche Stimme" mit einer Auflage von etwa 200.000 Exemplaren. Daneben erscheinen auf allen Gliederungsebenen periodische Schriften und Informationsdienste.

In Nordrhein-Westfalen erscheint monatlich die vom NPD-Landesverband herausgegebene Schrift "NPD Deutsche Zukunft Landesspiegel Nordrhein-Westfalen". Außerdem wird vom Landesverband in unregelmäßiger Folge der "NPD Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen" herausgegeben.

1.3.5 Schwerpunkte der Parteiarbeit

- *Am 11. und 12. Februar 1989 fand in Rahden/Kreis Minden-Lübbecke der 22. ordentliche Bundesparteitag der NPD unter dem Motto "Gegen Integrationsterror - Deutschland den Deutschen!" statt. Es nahmen rund 600 Personen teil, darunter ca. 200 Delegierte. Der Parteivorsitzende Martin MUßGNUG bekräf-*

tigte in seiner Rede das Bündnis mit der DVU-Liste D und rief zur Einheit in den eigenen Reihen auf. Der Antrag der Gegner des Bündnisses auf Abwahl des Parteivorstandes wurde mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

- *Der NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen führte - nach mehrfacher Verschiebung - am 5. März 1989 in Essen seinen 25. ordentlichen Landesparteitag durch. Es nahmen ca. 120 Personen teil, darunter etwa 60 Delegierte. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Wahl des Landesvorstandes. Der bisherige Landesvorsitzende Peter MARKERT aus Bochum wurde in seinem Amt bestätigt.*
- *Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen trat die NPD in Bochum, Dortmund, Herne, Köln, Wuppertal sowie in den Kreisen Soest und Steinfurt an und erreichte landesweit 10.787 Stimmen = 0,1 %. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie in Wuppertal mit 3,2 %.*

1.3.6 Junge Nationaldemokraten (JN)

Bei den JN, der Jugendorganisation der NPD, ist in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang der Mitgliederzahl auf unter 100 (1988: 120) zu verzeichnen, u. a. durch Übertritte zu den "Republikanern". Bundesweit jedoch war ein Anstieg von 800 (1988) auf 900 festzustellen.

Am 29. April 1989 fand in Hagen der Landeskongreß des JN-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt. Es nahmen ca. 25 Personen teil. Der Kongreß verlief - von der Öffentlichkeit unbemerkt - ohne Störungen. Der bisherige Landesvorsitzende aus Bochum wurde in seinem Amt bestätigt.

Am 22./23. Juli 1989 fand in Herne der 18. ordentliche Bundeskongreß der JN statt. An der Veranstaltung unter dem Motto "Deutschland - mehr als ein Wort" nahmen ca. 100 Personen teil, darunter der Parteivorsitzende der NPD, Martin MUßGNUG, und der Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Peter MARKERT. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Wahl des Bundesvorstandes, dem drei Vertreter aus Nordrhein-Westfalen angehören.

1.4 Neonazistische Gruppen

Die neonazistischen Gruppen streben einen totalitären, großdeutschen Staat auf der Grundlage der Ideologie und des Programms der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP) an. Vereinzelt empfinden sie sich auch als "Nationalrevolutionäre" in der Nachfolge der Brüder Otto und Gregor STRASSER und berufen sich insbesondere auf das Manifest vom 4. Juli 1930 ("Die Sozialisten verlassen die NSDAP"). Neonazistische Gruppen legen Wert darauf, in der Öffentlichkeit Aufsehen zu erregen und dadurch eine Bedeutung vorzuspiegeln, die ihnen angesichts ihrer geringen Mitgliederzahl und der Ablehnung durch die Bevölkerung nicht zukommt. Ihre Agitation ist vor allem durch unverhohlenen Antisemitismus und Rassismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie durch Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitler-Diktatur gekennzeichnet.

Eine geistige Durchdringung der eigenen Ziele und Methoden findet kaum statt. Die Auseinandersetzung mit den bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen beschränkt sich auf die meist kritiklose Übernahme von Parolen der ehemaligen NSDAP. Gewalt wird emotional bejaht und angewendet, wenn sich

hierfür eine Möglichkeit ergibt und es zweckmäßig erscheint. Der Neonazismus spricht fast ausschließlich Jugendliche an. Es gelingt ihm jedoch nur in begrenztem Maße, diese ideologisch zu festigen und dauerhaft an sich zu binden. Demzufolge ist die Bereitschaft zu kontinuierlichem politischen Handeln gering und die Fluktuation seiner Anhängerschaft groß.

1.4.1 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Die aktuelle Situation der FAP, die erst durch die Unterwanderung von Neonazisten an Bedeutung gewann, ist gekennzeichnet durch die seit 1986 anhaltende Spaltung der neonazistischen "Bewegung" in die Gruppierungen um Michael KÜHNEN einerseits und Jürgen MOSLER andererseits. Diese Spaltung, die sich teilweise zu gegenseitiger Beschimpfung und regelrechter Feindschaft ausweitete, lähmte die politischen Aktivitäten und den organisatorischen Ausbau. Der Ablauf des Parteitages der FAP am 5. November 1988, der von beiden Gruppen getrennt abgehalten wurde und bei dem jede Gruppierung einen eigenen Vorstand wählte, führte zur endgültigen organisatorischen Trennung. In einer Art "Stillhalteabkommen" vom 8. Januar 1989 erklärten die führenden Vertreter beider Gruppen, künftighin auf gegenseitige Angriffe zu verzichten. Die KÜHNEN-Anhänger zogen sich letztendlich aus der FAP zurück. Seitdem wird die FAP ausschließlich von der MOSLER-Gruppe repräsentiert.

Die FAP gibt ein monatliches Mitteilungsblatt "FAP-Intern" heraus, dessen Redaktionskollektiv der "Bewegung" angehört. Die monatlich erscheinende Schrift "Deutscher Standpunkt" ist dagegen eine Eigenproduktion des ehemaligen Bundesvorsitzenden Martin PAPE aus Stuttgart.

Folgende Aktivitäten sind nennenswert:

- *Nach dem Bundesparteitag im November 1988 standen die Aktivitäten des etwa 120 Mitglieder umfassenden Landesverbandes Nordrhein-Westfalen deutlich im Zeichen einer organisatorischen Straffung. So fand am 7. Januar 1989 in Oberhausen ein FAP-Treffen mit ca. 50 Teilnehmern statt, auf dem als neue organisatorische Einheit zwischen Landesverband und Kreisverbänden der Bezirksverband Ruhrgebiet gegründet wurde. Die beabsichtigte Gründung eines Bezirksverbandes Rheinland ist bisher nicht erfolgt.*
- *Am 13. Mai 1989 führte die FAP einen von ihr auch als "Europa-Kongreß" bezeichneten Sonderparteitag in Eversen (Kreis Celle) durch, an dem insgesamt etwa 120 Anhänger, überwiegend aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, teilnahmen. Zentraler Tagesordnungspunkt war die Vorstellung des neuen FAP-Programms "Unser Weg in die 90er Jahre" durch den stellvertretenden FAP-Generalsekretär Michael SWIERCZEK aus München. Das Programm lehnt sich inhaltlich stark an das 1985 anlässlich der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verbreitete Wahlprogramm "Grundsätze und Ziele der FAP" an, das seinerzeit von Funktionären des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden war. Darin werden u. a. unter der Parole "Deutschland den Deutschen" die Rückführung der Ausländer in die Heimatländer, der Austritt aus der EG, die Schaffung eines neutralen Gesamtdeutschlands und ein Arbeits- und Sozialdienst gefordert.*
- *Hauptziel der FAP war die Teilnahme an der Europawahl. Hierzu wurden bereits am Rande des Bundesparteitages 20 Kandidaten aufgestellt, die listen-*

mäßig von dem ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden Martin PAPE aus Stuttgart angeführt wurde. In Nordrhein-Westfalen beschränkte sich der Wahlkampf der FAP auf die Durchführung gelegentlicher regionaler Wahlkampfveranstaltungen, die im wesentlichen aus Mitgliedertreffen mit öffentlichen Flugblattverteilungen bestanden. Die FAP erhielt bundesweit insgesamt 19 151 Stimmen (0,1 %), davon in Nordrhein-Westfalen 4.881 (0,1 %).

- In einer "Wahlanalyse", veröffentlicht in "FAP-Intern" (Nr. 7/89), hält die FAP das Wahlergebnis, insbesondere die Zahl der abgegebenen Stimmen in Nordrhein-Westfalen, für einen Erfolg und führt im Hinblick auf zukünftige Wahlteilnahmen aus, die Partei müsse sich "inhaltlich klarer und vor allem umfassender äußern und vom Image der hirn- und disziplinlosen Schlägerbande wegkommen. Die Teilnahme an der EG-Wahl war dazu ein richtiger und wichtiger Schritt".
- Am 28. Oktober 1989 fand in Recklinghausen der Landesparteitag der FAP statt. Es nahmen insgesamt 80 Personen teil. Wesentliche Tagungsordnungspunkte waren die Neuwahl des Landesvorstandes und die Aufstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 1990. Der bisherige Landesvorsitzende Siegfried BORCHARDT aus Dortmund wurde in seinem Amt bestätigt. Die 13 Personen umfassende Landesreserveliste zur Landtagswahl wird von dem FAP-Generalsekretär Jürgen MOSLER angeführt.

1.4.2 "Die Bewegung"

Nach dem Selbstverständnis ihrer Anhänger ist die "Bewegung" eine der NS-Ideologie verpflichtete "Gesinnungsgemeinschaft". Die Anhängerschaft setzt bewußt die Tradition der 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) fort und propagiert weiter das Ziel, die NSDAP neu zu gründen.

1989 stagnierte die weitgehend strukturlose "Bewegung", deren Anhänger zumeist in der FAP aktiv sind.

1.4.3 MOSLER-Gruppe

Aktivitäten der "Bewegung" um MOSLER waren 1989 kaum zu verzeichnen; es wurde deutlich, daß die Neonazis ihr künftiges Tätigkeitsfeld im Rahmen der FAP-Parteiarbeit sehen und bemüht sind, sich und der Partei ein für die Wähler akzeptables "Image" zu geben.

1.4.4 KÜHNEN-Gruppe

Die KÜHNEN-Anhänger formierten sich nach Trennung von der FAP hauptsächlich in der von KÜHNEN am 15. Juli 1988 als "FAP-Wählerinitiative" gegründeten "Nationalen Sammlung" (N.S.) mit Schwerpunkt in Hessen.

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 27. Januar 1989 am 9. Februar die N.S. verboten und den sofortigen Vollzug dieser Maßnahme angeordnet. Im Rahmen dieser Vollzugsmaßnahmen wurden über 40 Wohnungen, darunter drei in Nordrhein-Westfalen (Bielefeld, Essen, Paderborn) durchsucht.

KÜHNEN, der sich für ein Stadtverordnetenmandat in Frankfurt/Main beworben hatte, bezeichnete die Verbotsverfügung als eine "Bankrotterklärung der etablier-

ten Parteien". Dort hätte man offenbar Angst vor den Wahlerfolgen der N.S. bei den Kommunalwahlen in Hessen. Er kündigte die Gründung neuer Vereinigungen an.

Die etwa 20 überwiegend im ostwestfälischen Raum ansässigen Anhänger des Michael KÜHNEN waren weiterhin bemüht, nach dem Verbot der N.S. für ihren Bereich eine organisatorische Einheit zu finden. So nahmen sie u. a. an einer Veranstaltung am 1. Mai 1989 in einem Gasthof in Bielefeld teil, die von ca. 80 Personen besucht und in bezug auf den 1. Mai als Veranstaltung einer "freien Gewerkschaftsbewegung" deklariert war. Teilnehmer war auch Michael KÜHNEN.

1.4.5 Nationalistische Front (NF)

Die NF wurde im Jahre 1985 in Steinhagen bei Bielefeld gegründet. In ihr schlossen sich mehrere Gruppierungen zusammen, die sich mit den politischen Vorstellungen der Brüder Otto und Gregor STRASSER identifizierten. Sie sieht sich als Teil einer weltweiten Bewegung des Befreiungsnationalismus zur Errichtung eines Volksstaates. Über eine "antikapitalistische Sozialrevolution" und eine "antimaterialistische Kulturrevolution" soll dieses Ziel erreicht werden. Als Zwischenziel auf diesem Wege wird die "Zerschlagung jeder menschen-, volks- und lebensfeindlichen ökonomischen Machtstruktur" propagiert und der "Kampf gegen Kapitalismus und Kommunismus" gefordert. Im Jahre 1986 übernahm Meinolf SCHÖNBORN aus Bielefeld die Führung der NF, die er bis heute innehat. Zu dieser Zeit wurde das von SCHÖNBORN erworbene Haus in der Bielefelder Bleichstraße 143 Sitz und Zentrum der NF.

Nach dem 3. Bundesparteitag gab die NF im November 1987 eine Übersicht über ihre Organisation, eine Satzung und ein Programm heraus. Aus ihnen ergibt sich, daß sich die NF als Partei mit nationalrevolutionärer Zielsetzung versteht.

Die NF ist mit etwa 50 Mitgliedern (Bund: ca. 80) weiterhin eine kleinere, aber sehr aktive rechtsextremistische Organisation, deren Publikationen, Flugblätter, Aufkleber häufig durch einen aggressiven kämpferischen Sprachstil geprägt sind. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten beschränkt sich auf die Ortsgruppen Bielefeld, Berlin (West) und Bremen. An Wahlen zum Deutschen Bundestag oder zu einem Landtag hat die NF bisher nicht teilgenommen. Die Teilnahme an der Europawahl am 18. Juni 1989 mißlang der NF, weil bereits das formale Erfordernis der Beibringung von 4.000 Unterstützungsunterschriften für die Wahlvorschläge der NF nicht erfüllt wurde.

Im Januar 1989 hat die NF ihre Basis im ostwestfälisch-lippischen Raum erweitert und über fünf ihrer führenden Funktionäre ein Haus in Detmold-Pivitsheide, Quellenstraße 20, gekauft, das neben dem noch genutzten Objekt in Bielefeld, Bleichstraße 143, als weiteres "Zentrum" der NF Verwendung finden soll. Es handelt sich um die ehemalige Gaststätte "Tanneneck", die für die Zwecke der NF "um- und ausgebaut" worden ist. Der Kauf des Objektes in Detmold-Pivitsheide hat regional Aufsehen und Empörung in der Bevölkerung ausgelöst.

Der von der NF im Zentrum in Detmold-Pivitsheide am 7. Oktober 1989 durchgeführte Bundesparteitag, an dem etwa 30 Delegierte teilnahmen, und auf dem der bisherige Bundesvorsitzende und Generalsekretär Meinolf SCHÖNBORN in seinem Amt bestätigt wurde, stieß in der Öffentlichkeit auf erhebliche Proteste, die durch Teilnahme autonomer Gruppen teilweise gewalttätig verliefen.

1.4.6 Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die HNG wurde 1979 von Neonazis gegründet und betreut inhaftierte Gesinnungsgenossen ideell und finanziell. Der HNG gehören in Nordrhein-Westfalen etwa 20 Mitglieder an (Bund: ca. 180). Vorsitzende ist Christa GÖRTH aus Bielefeld.

Die HNG veröffentlichte in ihrem monatlich erscheinenden Mitteilungsblatt "Nachrichten der HNG" regelmäßig "Listen nationaler politischer Gefangener". Zu dem von ihr unterstützten Personenkreis gehören auch terroristische Gewalttäter. Schriftleiter ist der FAP-Funktionär Volker HEIDEL aus Hannover.

Die HNG bildet nach wie vor eine Anlaufstelle für Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Auseinandersetzungen um KÜHNEN und MOSLER haben zwar auch auf die HNG Auswirkungen gehabt, gleichwohl arbeiten in ihr Mitglieder beider rivalisierender Gruppen zusammen.

1.5 Rechtsextremistische Jugendorganisationen und Randgruppen

1.5.1 Wiking-Jugend (WJ)

Die im Jahre 1952 gegründete WJ gehört zu den ältesten rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versteht sich als nationalbündische Jugendbewegung. Nach dem Vorbild der Hitler-Jugend ist ihre Organisationsstruktur hierarchisch. Die WJ ist in "Gaue" und "Horste" aufgeteilt. Sie hat bundesweit etwa 400 Mitglieder, davon ca. 100 aus Nordrhein-Westfalen.

Zumindest die Führung der WJ, insbesondere Wolfgang NAHRATH und Ulf NAHRATH, verfolgt einen neonazistischen Kurs. In dem Mitteilungsblatt "FAP-Intern" von November 1989 erklärte Wolfgang NAHRATH u. a., daß ein Teil der WJ-Mitglieder in der FAP organisiert sei. Sein ältester Sohn Ulf sei sogar im Parteivorstand der FAP. Allerdings distanzieren man sich von dem Anhängerkreis um Michael KÜHNEN. Wesentliche Aktivitäten der WJ waren in Nordrhein-Westfalen 1989 nicht zu verzeichnen, gleichwohl sind folgende Veranstaltungen wegen ihrer überregionalen Beteiligung nennenswert:

- *Pfingstlager vom 11.-16. Mai 1989 in Hetendorf/Niedersachsen mit Großveranstaltung "Tage volkstreuer Jugend" mit ca. 300 Personen.*
- *Die FAP hatte - wie in den Vorjahren - Sicherungsaufgaben für das Lager übernommen.*
- *Sonnenwendfeier vom 17.-18. Juni 1989 in Bad Driburg-Reelsen, Krs. Höxter.*
- *"Volkstreue Jahreswechselfeier" am 31. Dezember 1989 an der hessisch-thüringischen Grenze mit Wanderung an die Grenze.*

1.5.2 Skinheads

Die aus England vor Jahren importierte Subkultur der Skinheads hat sich zum militanten Instrument am Rande des Rechtsextremismus herausgebildet, wenngleich die Skinheads als Gesamtphänomen keine Erscheinungsform des Rechtsextre-

mismus sind. Es gibt zwar in dieser schwer quantifizierbaren Szene eine über Provokation hinausgehende allgemeine Ausländerfeindlichkeit, die zwar nicht ideologisch begründet ist, jedoch einige Skinheads zur Zusammenarbeit mit den ausländerfeindlichen, insbesondere neonazistischen Organisationen bewegt. Diese Gruppierungen benutzen die Skinheads für politische Einsätze. Insofern verstärken die "anpolitisierten" Skinheads mit ihrer Aggressivität das Gewaltpotential des deutschen Rechtsextremismus.

1.6 Rechtsextremistische Schriften aus dem Ausland

1.6.1 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO), USA

Die neonazistische Agitation aus dem Ausland beeinflusst die Tätigkeit deutscher Neonazis erheblich.

Das trifft vor allem für die NSDAP-AO zu, deren Tätigkeit im wesentlichen darin besteht, in den USA hergestelltes NS-Propagandamaterial vornehmlich in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen und hier zu verbreiten. Zu diesem Zweck verfügt sie im Bundesgebiet über eine Reihe von Stützpunkten, die von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen gebildet werden und ihre Aktivitäten weitgehend konspirativ entwickeln. Das Agitationsmaterial der NSDAP-AO wird von den NS-Gruppen auch weitgehend benutzt, da staatliche Maßnahmen die Herstellung von NS-Propagandamaterial in der Bundesrepublik Deutschland erschweren. Die NSDAP-AO erfüllt damit für eine Reihe deutscher neonazistischer Organisationen eine Art Klammerfunktion.

Das stärkste propagandistische Mittel ist das von Gary Rex LAUCK/USA herausgegebene Organ der NSDAP-AO, der "NS-Kampftruf", der seit 1973 erscheint. In ihm wird der Nationalsozialismus verherrlicht, der Antisemitismus propagiert und zu Gewaltanwendung aufgefordert.

Daneben gelange große Mengen Hakenkreuzaufkleber und -plakate mit volksverhetzenden und zum Rassenhaß aufrufenden Parolen in die Bundesrepublik Deutschland, die vornehmlich bei Aktionen der Neonazis benutzt werden.

1.6.2 Samisdat-Verlag, Ernst ZÜNDEL, Kanada

Der Verlag "Samisdat", Toronto, der von dem Deutsch-Kanadier Ernst Christoph Friedrich ZÜNDEL geleitet wird, verbreitet regelmäßig seine Rundbriefe "Germania" auch unaufgefordert an Bürger und bietet Video-Filme rechtsextremistischen Inhalts an. ZÜNDEL benutzt seine Publikationen, um den "Holocaust" zu leugnen.

1.6.3 "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag, Österreich

Der "Sieg-Aktuell-Jugendpressediens"-Verlag versendet seine gleichnamige Zweimonatsschrift nicht nur an Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch unaufgefordert an unbeteiligte Bürger. Der Verlagsinhaber und Herausgeber der Schrift "Sieg", Walter OCHENSBERGER, verfolgt mit seiner Schrift das Ziel, Einfluß auf die "Junge Rechte" in Österreich und anderen westeuropäischen Ländern zu gewinnen. Propagandistische Schwerpunkte der Publikation sind Beiträge gegen die sogenannte Sechs-Millionen-Lüge und "Fremdrassige".

1.7 Sonstige rechtsextremistische Aktivitäten

Ein für Neonazis besonderes Ereignis war der 20. April 1989 (100. Geburtstag HITLERS).

Schon lange vor dem 20. April 1989 waren von Anhängern der "Bewegung" interne Jubiläumsfeiern im In- und Ausland, aber auch spektakuläre Aktionen geplant und teilweise auch öffentlich angekündigt. Einige Ankündigungen waren jedoch offensichtlich lanciert worden, um die Sicherheitsbehörden zu irritieren. Das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH), das 1984 unter Mitwirkung KÜHNENS gegründet worden war, trat als Organisator nicht in Erscheinung.

Im Zeitraum vom 19. - 22. April 1989 wurden in zahlreichen Städten des Bundesgebietes Sprüh-, Schmier- und Klebeaktionen mit Parolen zum "HITLER-Geburtstag" festgestellt, spektakuläre überörtliche Aktionen blieben jedoch aus.

Am 20. April 1989 drangen in Essen fünf Neonazis, unter ihnen der FAP-Bundesgeschäftsführer Volker JASCHKE, in ein Gebäude des WDR ein und hißten vom Balkon eines dort untergebrachten dpa-Büros aus ein Spruchband mit NS-Parolen. Die Täter wurden vorläufig festgenommen; Ermittlungsverfahren nach §§ 86, 86 a, 123 StGB eingeleitet. Darüber hinaus wurden im Jahre 1989 in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Farbschmierereien, Sachbeschädigungen und Gewaltandrohungen bekannt, die hauptsächlich gegen Ausländer und Asylbewerber gerichtet waren und auf eine rechtsextremistische Gesinnung der zumeist unbekanntenen Täter schließen lassen.

1.8 Partei "Die Republikaner"

Mit der Partei "Die Republikaner" ist eine neue Situation im Rechtsextremismus entstanden. Die Partei wurde am 26. November 1983 unter Führung der Bundestagsabgeordneten HANDLOS und VOIGT und des bayerischen Fernsehmoderators Franz SCHÖNHUBER in München gegründet. Auf dem Bundesparteitag am 16. Juni 1985 in Siegburg wurde Franz SCHÖNHUBER zum Bundesvorsitzenden gewählt.

Die Partei "Die Republikaner" befand sich bis zur Europawahl politisch im Aufwärtstrend, nicht zuletzt durch ihre einseitige und vereinfachte Argumentation zu komplizierten politischen Problemen. Äußerungen führender Funktionäre der "Republikaner" lassen einen Sprachgebrauch erkennen, dessen sich auch Vertreter des Extremismus bedienen. Die Übergänge zwischen betont nationalen und ausländerabweisenden Äußerungen einerseits und verfassungsfeindlicher Ausländerhetze andererseits - wie dem Absprechen der vom Grundgesetz garantierten Menschenrechte - sind fließend.

Eine Prüfung der Materialien der "Republikaner" aus allgemein zugänglichen Quellen seit März 1989 hat ergeben, daß bezüglich des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß dieser Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NW) verfolgt. Wichtige Indizien für die Bewertung waren, neben der personellen Zusammensetzung des Landesvorstandes, die im Programm, anderen Schriften und sonstigen Verlautbarungen erkennbaren Tendenzen, die sich gegen zentrale Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte richten. Darüber hinaus übt die Partei eine starke Sogwirkung auf Anhänger etablierter rechtsextremistischer

Organisationen wie NPD und DVU aus. Eine planmäßige Beobachtung des Landesverbandes wird daher seit dem 30. September 1989 durchgeführt.

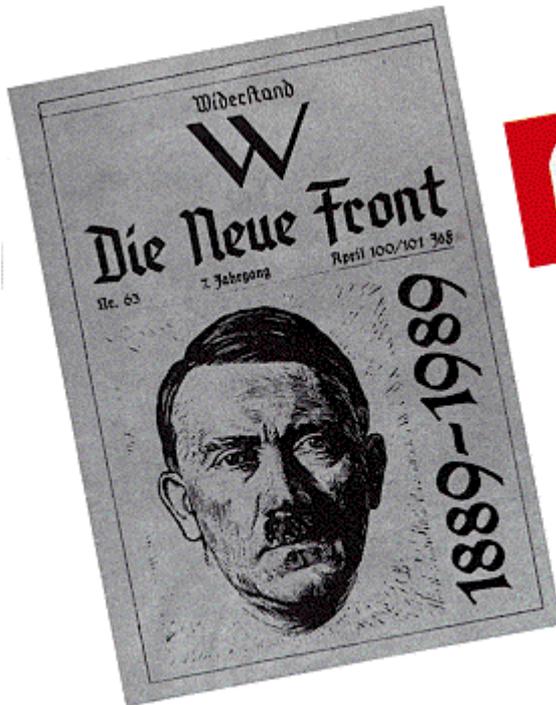
Am 27. November 1989 stellte der Bundesvorsitzende Franz SCHÖNHUBER in Bonn im Rahmen einer Pressekonferenz den Entwurf des neuen Parteiprogramms vor, das im wesentlichen auf dem Bundesparteitag am 13. und 14. Januar 1990 in Rosenheim beraten und verabschiedet wurde.

Das neue Programm ist zwar von dem Bemühen bestimmt, Zweifel an der Verfassungstreue der "Republikaner" auszuräumen. An den tatsächlichen Zielen und dem Verhalten der Anhänger hat sich jedoch nichts geändert.

Dem Landesverband Nordrhein-Westfalen gehören nach eigenen Angaben 3.500 Mitglieder an.

Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 1. Oktober 1989 erhielt die Partei "Die Republikaner", die nicht in allen Wahlbezirken kandidierte, landesweit 193.691 Stimmen = 2,3 %. Bei der Europawahl am 18. Juni 1989 hatte die Partei noch 328.952 Stimmen = 4,1 % erhalten.







Nach Polzistenmord: Genießen Schein-Asylanten Schutz? (Seite 2)

Deutsche Wochen-Zeitung

DEUTSCHE NACHRICHTEN 32. Jahrgang, Nr. 34 18. August 1989 Preis 2,- DM; Österreich 15,- OS OST - WEST - RIET R 2343 C

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

Polens verschwiegene Verbrechen an Deutschen /s. 5

Deutscher Anzeiger

Nr. 34 / 32. Jahrgang / 18. August 1989 Einzelpreis 1,50 DM / 12,- OS

Freiheitliche Wochenzeitung DZ-Preis: 800 Minuten 80 Postvertriebskosten - Gebühr bezahlt F 57 C

2. Weltkrieg: Die wahren Anstifter

L 3618 E chland belastet werden soll

Lesen · Nachbestellen · Weitergeben

UN 10 / 89 UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

Das gesamte deutsche Volk vernichtet werden, so werden die Deutschen belogen' Interview mit David Irving

R 2295 C

National-Zeitung

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

Postvertriebskosten - Gebühr bezahlt DZ-Preis: 800 Minuten 80

Nr. 48 / 39. Jahrgang 10. November 1989 1,80 DM / 12,- OS

Kohls Kniefall vor Polen

Wahlkampf vor Anschluß an Bundesrepublik



2 Linksextremismus

2.1 Entwicklungstendenz

Die Entwicklung im linksextremistischen Spektrum war 1989 gekennzeichnet durch die Auswirkungen des Umbruchs in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern auf die orthodox-kommunistischen Gruppierungen. Der offenbar gewordene Widerspruch zwischen sozialistischem Anspruch und den Deformationen in der Praxis der als Vorbild dargestellten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) erschütterte die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und ihr nahestehende Gruppierungen in ihren Grundfesten und führte zu Massenausritten von Mitgliedern.

Die DKP, die sich bereits seit längerem in einer krisenhaften Entwicklung angesichts der innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen "Traditionalisten" und reformwilligen Kräften befand, sieht sich durch die Folgen der politischen Entwicklung in der DDR in ihrer Existenz bedroht. Durch das abrupte Ende der erstmals auch von der Parteiführung selbst eingestandenen finanziellen Zuwendungen durch die SED, das Ausbleiben von Großspenden sowie den Mitgliederrückgang sah sich die DKP genötigt, den hauptamtlichen Mitarbeitern bis auf wenige Ausnahmen zu kündigen und Parteibüros aufzulösen. Die Partei will in einem Klärungsprozeß ihre bisherigen politisch-ideologischen Grundlagen überdenken und sich ein neues Sozialismusbild erarbeiten. Nach Vorstellung des Parteivorstandes sollen aber trotz des Verlustes kommunistischer Identität an der revolutionären Perspektive keine Abstriche gemacht werden. Nachdem sich bereits einzelne Parteiorganisationen von der Gesamtpartei gelöst bzw. für autonom erklärt haben und darüber hinaus Teile der reformwilligen Kräfte bestrebt sind, zusammen mit anderen Gruppierungen eine neue sogenannte "radikale Linke" zu gründen, will die Parteiführung versuchen, die DKP neu zu formieren. Sie berief dazu für März 1990 einen ordentlichen Parteitag ein.*

Die bisher mit der DKP eng verbundenen Jugend- bzw. Studentenorganisationen

- *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)*
- *Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) und*
- *Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP)*

sind im Laufe des Jahres weitgehend von der Partei abgerückt und durch interne Auseinandersetzungen über ihr Selbstverständnis sowie Mitgliederschwund erheblich geschwächt. Mangels ausreichender finanzieller Basis ist ihre weitere Existenz gefährdet. Mit besonderen Schwierigkeiten haben auch die von der DKP beeinflussten Organisationen zu kämpfen, seitdem die SED ihnen die über die DKP geleitete finanzielle Unterstützung gegen Ende 1989 ganz oder weitgehend entzogen hat. Erwähnenswerte Aktivitäten gingen von ihnen nicht aus.

Die Organisationen der "Neuen Linken" konnten auch im Jahr 1989 nicht an Bedeutung gewinnen. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) hat bei stagnierender Mitgliederzahl ihre führende Position als straff durchorganisierte Kaderpartei innerhalb der "Neuen Linken" behauptet. Die Vereinigte Sozialistische

Partei (VSP) bleibt bei unveränderter Mitgliederzahl in einem Zustand der Instabilität und versucht - wie in den Vorjahren noch immer vergeblich - eine Belebung durch Anschlüsse an andere revolutionär-sozialistische Organisationen zu erreichen.

Die "Marxistische Gruppe " (MG) gilt auf Bundesebene als die mitgliederstärkste Organisation im Bereich der "Neuen Linken". Ihre verbandsinternen Aktivitäten, z. B. die Schulung von sogenannten Sympathisanten und Kandidaten, wie auch die Verbreitung ihrer Schriften haben im Vergleich zu den Vorjahren nicht nachgelassen. Militante und anarchistisch orientierte Autonome haben sich auch 1989 mit gewaltsamen Aktionen hervorgetan. Sie kennen keine größeren Zusammenschlüsse. Gemeinsam betrachten sie den Staat als ihren Hauptfeind und bekämpfen ihn spontan aus jedem ihnen geeigneten tagespolitischen Anlaß. Insgesamt sind sie im linksextremistischen Bereich weitgehend isoliert und ohne nachhaltige Wirkung, wegen ihrer Militanz jedoch nicht ungefährlich. Die anderen Gruppierungen der "Neuen Linken" bedürfen wegen ihrer Bedeutungslosigkeit keiner besonderen Erwähnung.

* Der 10. Parteitag der DKP (24./25. März 1990) erkannte Fehler in der politischen Einschätzung und Entwicklung an, bestätigte aber die grundsätzliche politische Orientierung.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

2.2.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP bekennt sich als "die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" der Bundesrepublik Deutschland zum Marxismus-Leninismus. Sie sieht sich in der Kontinuität und Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Sie hat in einer Entschließung des 9. Parteitages (6. bis 8. Januar 1989 in Frankfurt/ Main, 18. Februar 1989 in Wuppertal) zu den Aufgaben im Jahre 1989 ihr grundlegendes Ziel einer revolutionären Umgestaltung der Bundesrepublik Deutschland erneut bekräftigt. An deren Stelle soll eine "sozialistische Bundesrepublik" mit Grundelementen einer dem Grundgesetz widersprechenden Staats- und Gesellschaftsordnung treten. In ständiger Rechtsprechung wurde wiederholt die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DKP festgestellt.* Eine grundsätzlich andere Position nahmen mehrheitlich auch die reformwilligen Kräfte der Partei nicht ein.**

* Zuletzt durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. Februar 1989 (1 D 2.86 BDiG XIV VL 12/83 vom 1.2.1989).

** Das vom 10. Parteitag im März 1990 verabschiedete neue vorläufige Statut bestätigt die revolutionäre Ziel.

2.2.2 Innerparteiliche Lage

Die Zahl der Mitglieder der DKP ist 1989 in Nordrhein-Westfalen von 11 500 auf ca. 6 500 (Bund von 35.000 auf etwa 22.000) zurückgegangen.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs der DKP zwischen "Traditionalisten" und "Erneuerern" hatten sich nach dem 9. Parteitag weiter verschärft. Die "Erneuerer" in der DKP trafen Vorbereitungen, sich zu formieren. Am 22./23. April 1989 führten sie in Köln im Rahmen einer Arbeitskonferenz der

Marxistischen Abendschulen Köln und Bremen eine Beratung zum Thema "Marxismus in Zukunft" durch. Die von nahezu 700 Parteimitgliedern besuchte Veranstaltung war Gegenstand scharfer Kritik der um die Einheit der Partei besorgten "Traditionalisten" in der Parteiführung.

Am 13. Mai 1989 veröffentlichte das DKP-Zentralorgan "Unsere Zeit" (UZ) einen Appell des Präsidiums der DKP "An alle Mitglieder der DKP", in dem dazu aufgefordert wird, die Einheit der Partei zu wahren und einer Abspaltung entgegenzuwirken. Auf einer Parteivorstandstagung am 27./28. Mai 1989 in Düsseldorf warf der Parteivorsitzende Herbert MIES den "Erneuerern" vor, sich von Programm und Statut der Partei abzuwenden. Der Parteivorstand wählte zwei als "Erneuerer" geltende Präsidiumsmitglieder ab. Ein als "gemäßigter Erneuerer" geltendes Mitglied schied ebenfalls aus dem DKP-Präsidium aus und legte gleichzeitig seine Funktion als Leiter des "Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) der DKP nieder.

Die von der DKP auf der 6. Parteivorstandstagung am 24./25. Juni 1989 eingesetzte "Kommission zur Klärung strittiger Fragen" scheiterte. Sie konnte keine Einigung in der Frage des Umgangs mit sogenannten Meinungsströmungen erzielen. Eine hierüber auf der 7. Parteivorstandstagung in Düsseldorf am 26. August 1989 geführte Debatte endete mit dem Auszug von 16 Parteivorstandsmitgliedern. Acht von ihnen legten ihre Mandate nieder.

Die innerparteiliche Krise erreichte mit dem "Kongreß Erneuerung" vom 20. bis 22. Oktober 1989 in Frankfurt/Main einen neuen Höhepunkt. Die von den "Erneuerern" gefaßten Beschlüsse zur Schaffung eines eigenen Organisationsrahmens, zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift und zur Einrichtung eines zentralen "Kordinationsbüros" wurden von den "Traditionalisten" als Maßnahmen zur Fraktionierung der Partei gewertet.

Die politischen Ereignisse in der DDR haben den Niedergang der DKP noch beschleunigt. Sie haben den Sozialismus nach Auffassung vieler Parteimitglieder in Frage gestellt. Besonders schwer hat die DKP die Einstellung der finanziellen Zuwendungen durch die SED getroffen, mittels derer sie im wesentlichen ihren kostspieligen Parteiapparat unterhielt. Die Partei sieht sich aufgrund der dadurch eingetretenen außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage gezwungen, nahezu alle hauptamtlichen Mitarbeiter zu entlassen sowie Parteibüros aufzugeben. Von der finanziellen Krise wurde auch das Zentralorgan der Partei "Unsere Zeit" (UZ) erfaßt. Das Blatt, das sich bereits 1989 wegen ideologischer Differenzen von einigen seiner Redakteure, darunter solchen in besonders herausgehobener Stellung, getrennt hatte, wird seit Beginn des Jahres 1990 nur noch als Wochenzeitung herausgegeben.

Von der Entwicklung der Partei wurde auch das bisherige Kernstück der politischen Aktivitäten, die Betriebsarbeit betroffen. Selbst aus DKP-Führungskreisen verlautete, daß die Betriebsarbeit ein absolutes Tief erreicht habe. Zum Teil kam es zum völligen Erliegen der politischen Arbeit der Betriebsgruppen. Auch im Schulungsbereich konnte zum Jahresende eine starke Reduzierung der Bildungstätigkeit der Partei beobachtet werden. In einigen Bildungseinrichtungen liefen die angebotenen Lehrgänge zum Jahreswechsel 1989/1990 aus.

Die DKP befindet sich in einem Zustand teilweiser Auflösung ihrer Organisationsstrukturen. Andererseits zeichnen sich bereits Versuche einer Neuformierung der Partei ab. Auch in den DKP-Bezirken Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen wurde deutlich, wie tiefgehend der Diskussions- und Klärungsprozeß über das Selbstverständnis der DKP, ihre Politik und zukünftige Entwicklung in den bezirklichen Leitungsgremien bis hin in die Grundeinheiten der Partei war. Der Vorsitzende der DKP Rheinland-Westfalen erklärte im September 1989, daß der Zerfallsprozeß seinen Tiefpunkt noch nicht erreicht habe und die Chancen, ihn anzuhalten, offensichtlich immer geringer würden.

Mitglieder des DKP-Bezirksvorstandes Rheinland-Westfalen hatten einen Aufruf zur Teilnahme an einem "Strömungstreffen" von "Erneuerern" in der DKP am 21. Mai 1989 in Bonn unterzeichnet. Konsequenzen hatte diese Unterschriftsleistung für ein Bezirksvorstandsmitglied, welches aufgrund dieser Tatsache von seiner Funktion aus dem Bezirkssekretariat der DKP Rheinland-Westfalen abgewählt wurde.

Bis zum Ende des Jahres 1989 sind aus den Bezirksvorständen und den Bezirkssekretariaten etwa 25 Funktionäre ausgeschieden. Die in den DKP-Bezirken Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen hauptamtlich bestehenden Beschäftigungsverhältnisse wurden beendet.

2.2.3 Schwerpunkt der Parteiarbeit

9. Parteitag

Die DKP führte in der Zeit vom 6. bis 8. Januar 1989 in Frankfurt/Main ihren 9. Parteitag durch. Dieser stand unter der Losung "Für die Erneuerung der Bundesrepublik - Neues Denken und solidarisches Handeln in unserem Land und in der DKP". Hieran nahmen 646 ordentliche Delegierte und 117 Gastdelegierte, darunter 279 Delegierte aus Nordrhein-Westfalen teil. Auf Einladung der DKP waren 52 Delegationen bzw. Vertreter anderer kommunistischer Parteien, befreundeter Organisationen sowie sogenannter nationaler Befreiungsbewegungen erschienen.

Der Parteitag stand im Zeichen einer krisenhaften innerparteilichen Entwicklung der DKP sowie von Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs der Partei. Die inhaltlichen Streitpunkte betrafen im wesentlichen die Frage, ob die Krise der Partei durch eine grundlegende Erneuerung bewältigt werden sollte oder ob unter weitgehender Bewahrung der bisherigen programmatischen Grundsätze ein behutsames Erneuern und Weiterentwickeln erforderlich ist. Zum ersten Mal hatten sich 14 Gegenkandidaten zum Listenvorschlag des Parteivorstandes zur Wahl gestellt, die jedoch bei der Abstimmung überwiegend scheiterten. Die Delegierten wählten Herbert MIES aus Düsseldorf und Ellen WEBER aus Frankfurt/Main erneut zum Vorsitzenden bzw. zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Themen Arbeit, Frieden und innerparteiliche Demokratie. Als aktuelle Hauptaufgabe der Partei bezeichnete Herbert MIES u. a. die "Überwindung der widerspruchsvollen und ernsten Lage der Partei durch Diskussion und Aktion". MIES erklärte, die Partei sei in "bisher beispiellose innere Widersprüche geraten, Handlungsfähigkeit und Einheit seien bedroht".

Der Parteitag verabschiedete eine EntschlieÙung "Zu den Aufgaben der DKP im Jahre 1989". Darin wird gefordert, eine "friedensorientierte und demokratische Re-

formalalternative" zu entwickeln und durchzusetzen. Dem Parteitag gelang es nicht, die gegensätzlichen Positionen einander näher zu bringen.

Der Parteivorstand wählte erst am 21./22. Januar 1989 Präsidium und Sekretariat. Die DKP setzte ihren 9. Parteitag am 18. Februar 1989 in Wuppertal zum Tagesordnungspunkt "Diskussion und Beschlußfassung über Anträge und Entschlüsse" fort. Den Auftakt zur Debatte über die vorgelegten Anträge bildete eine Entschlüsselung, der zufolge Programm, Statut und Schiedsordnung der Partei überarbeitet werden. In einer abschließenden Wertung des Parteitages bestätigte Herbert MIES "das Fortbestehen tiefer Differenzen, vor allem die Entwicklung der Partei betreffend".

2.2.4 Teilnahme an der Europawahl

Die DKP beteiligte sich mit einer 77 Personen umfassenden Kandidatenliste an der Europawahl am 18. Juni 1989 unter dem Motto "Europa den Menschen - nicht den Monopolen! Kampf dem Neofaschismus". Sie erhielt bei der Wahl 57.648 Stimmen (bundesweit). In Nordrhein-Westfalen gaben 18.764 Wähler ihre Stimme für die DKP ab. Damit entfiel auf sie ein Stimmenanteil von jeweils 0,2 %.

2.2.5 Teilnahme an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

Die durch innerparteiliche Auseinandersetzungen in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigte DKP hatte sich nach einem auf geringere Teile der Partei gestützten Wahlkampf lediglich in 8 Kreisen, 15 kreisfreien Städten und einigen kreisangehörigen Gemeinden zur Wahl am 1. Oktober 1989 gestellt. 26.400 Bürger = 0,3 % gaben ihre Stimme der DKP. Der Stimmenanteil ging im Landesdurchschnitt gegenüber den Kommunalwahlen am 30. September 1984 (35.952 Stimmen = 0,4 %) zurück. Die DKP konnte ihre Stellung in den Stadträten von Bottrop, Gladbeck und Wülfrath verbessern. Verluste erlitt sie dagegen in Ahlen und Gevelsberg. Erneut erhielt sie ein Mandat in der Bezirksvertretung Düsseldorf-Gerresheim. Im Rat der Stadt Hattingen sowie in den Bezirksvertretungen Essen

Altenessen und Gelsenkirchen-West ist die DKP nicht mehr vertreten. Sie gelangte erstmalig in die Bezirksvertretung Mönchengladbach-Odenkirchen. In Oberhausen, Castrop-Rauxel, Kamen, Löhne und Erkrath sind DKP-Mitglieder als Kandidaten anderer politischer Gruppierungen gewählt worden.

2.3 DKP-orientierte Jugend- und Studentenorganisationen

2.3.1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die bereits im Jahr 1988 vorhandene Krise innerhalb der SDAJ setzte sich auch 1989 fort. Ursache dafür waren in erster Linie die Auseinandersetzungen über die ideologisch-politischen Entwicklungen innerhalb der Sowjetunion und der DDR. Besonders deutlich wurde dies auf dem 10. Bundeskongreß am 17./18. Juni 1989 in Dortmund, auf dem die 482 Delegierten über die grundlegende Umgestaltung des Verbandes zu einer revolutionär-sozialistischen Arbeiterjugendorganisation im Sinne des den "Erneuerern" zuzurechnenden amtierenden Bundesvorstandes oder über das Festhalten an der bisherigen Organisationsstruktur zu entscheiden hatten. Dabei setzte sich der traditionalistische Flügel durch. Da durch Auszug von Delegierten keine Beschlußfähigkeit bestand, wurde ein sogenannter "Arbeitsausschuß" zur Vorbereitung des für Januar 1990 geplanten Bundeskongresses

gebildet. Die Krise hatte zur Folge, daß ein großer Teil der Mitglieder seinen Austritt aus der SDAJ erklärte. Die Mitgliederzahl liegt bundesweit bei ca. 2.000 (1988: 6.500) und in Nordrhein-Westfalen bei ca. 300 (1988: 2.000).

Aus finanziellen Gründen wurde den bislang hauptamtlich beschäftigten Mitgliedern bei den Landesverbänden Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen gekündigt, das Erscheinen der Mitgliederzeitung "Elan" mit Ablauf des Jahres 1989 eingestellt.

2.3.2 Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)

Parallel zur krisenhaften Entwicklung innerhalb der DKP und der SDAJ waren auch im MSB-Spartakus im Jahr 1989 nachlassende Aktivitäten und Resignationen festzustellen.

So sank die Zahl der Mitglieder in Nordrhein-Westfalen von 950 im Jahr 1988 auf ca. 600, auf Bundesebene von 3 500 auf etwa 1 800.

Diese Entwicklung prägte auch den 11. Bundeskongreß vom 6. bis 8. Oktober 1989 in Köln, an dem ca. 250 Personen teilnahmen. Hier verstärkte sich der Eindruck, daß der Verband seine Zukunft in einem parteiunabhängigen Zusammenschluß eines "linken Spektrums" sieht.

Die Zahl der Sekretariatsmitglieder wurde von bisher 15 auf 8 gesenkt. Der bisherige Gruppenvorstand wurde durch eine "Gruppenvertreterkonferenz" ersetzt. Das Organ des MSB-Spartakus "rote blätter" erscheint im Jahr 1990 nicht mehr.

2.3.3 Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (J P)

Auch die im Jahre 1974 auf Initiative der DKP nach dem Vorbild der Staatsjugendorganisation der sozialistischen Länder gegründeten JP standen 1989 in der tiefgreifenden Diskussion über Fragen der Identität und Aufgaben als sozialistische Kinderorganisation. Eine Folge daraus war das weitere

Absinken der Mitgliederzahlen bundesweit von 3.000 auf etwa 800 sowie der Austritt von Funktionären. In diesem Zusammenhang erklärte der Bundesvorsitzende im Juni 1989, daß es Anzeichen für einen weiteren sprunghaften Rückgang der Aktivitäten gebe. Die Konsequenz aus den Meinungsdivergenzen innerhalb der Bundesleitung über die weitere politische Arbeit zog der Bundesvorsitzende im Oktober 1989, indem er von seiner Funktion zurücktrat.

Die Schwerpunkte der JP-Aktivitäten lagen im Jahre 1989 in den teilweise gemeinsam mit der DKP veranstalteten traditionellen "Pfungstcamps" sowie der mit der DKP gemeinsam in den Sommerferien durchgeführten "Kinderferienaktion", deren Motto "Kinderferien in der DDR - bärenstark" lautete. Die an diese Aktionen geknüpften Erwartungen hinsichtlich Stärkung als sozialistische Kinderorganisation konnten keinesfalls erfüllt werden.

2.4 Neue Linke

2.4.1 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die am 18. Juni 1982 in Bochum gegründete MLPD gehörte auch 1989 mit ca. 600 Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen (Bund ca. 1 400) zu den stärksten Gruppen der "Neuen Linken". Sie versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin, die die Arbeiterklasse im Geist des wissenschaftlichen Sozialismus, im Sinne der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung erzieht. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre, also auch gewaltsame Sturz der Diktatur der "Monopolkapitalisten" und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Sie unterstützt die sich im gesamten Ostblock vollziehende Wandlung der dortigen Gesellschaftssysteme, da die bisher dort Herrschenden "Verrat am Sozialismus" betrieben hätten. Heftige Kritik übt sie auch an der DKP, die augenblicklich vor dem ideologischen und politischen Bankrott stehe. In ihren Aktivitäten wird die MLPD von ihren Nebenorganisationen

- dem *Marxistisch-Leninistischen Schüler- und Studentenverband (MLSV)*
- dem *Marxistisch-Leninistischen Bund Intellektueller (MLBI)*
- dem *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)*

sowie der Kinderorganisation

- "*Rotfüchse*" unterstützt.

Die Partei finanziert sich angeblich ausschließlich aus Beiträgen und Spenden. Zur publizistischen Verbreitung ihrer Ideologie dient ihr Zentralorgan "Rote Fahne", welches in einer wöchentlichen Auflagenhöhe von ca. 7.000 Exemplaren erscheint. Darüber hinaus geben mehrere Ortsgruppen eigene, regelmäßig erscheinende Informationsblätter heraus.

Hauptaktionsfeld der MLPD war 1989 ihre Teilnahme an der Europawahl und an den Kommunalwahlen. Zur Europawahl kandidierte sie als "sozialistische Alternative" mit einer eigenen Liste, auf der sie 10 Kandidaten aufgestellt hatte. Den Wahlkampf führte sie unter der Losung "Europapläne vom Tisch" u. a. mit örtlichen Kundgebungen, Diskussionsveranstaltungen und der Herausgabe einer "Rote-Fahne"-Extraausgabe. Im Endergebnis erzielte sie bundesweit 10.162 Stimmen (= 0,03 %), in Nordrhein-Westfalen 3.285 Stimmen. In der eigenen Beurteilung wird dieses Ergebnis zwar als stabil aber als noch zu niedrig bewertet.

Anlässlich der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen kandidierte sie in den Städten Duisburg, Gelsenkirchen und Neukirchen-Vluyn und erhielt insgesamt 1917 Stimmen. Ein Mitglied des Zentralkomitees bezeichnete das Ergebnis als "politisch bedeutsam", da es der MLPD gelungen sei, in allen drei Städten die Stimmenzahl gegenüber den vorherigen Wahlen zu vervielfachen.

Unter dem Motto: "Unser Kampf ist international" führte die MLPD "in Belebung der traditionellen revolutionären Pfingstjugendtreffen der Arbeiterjugend" gemeinsam mit ihren Nebenorganisationen in der Zeit vom 12. bis 15. Mai 1989 in Duisburg-Rheinhausen ihr 4. bundesweites Pfingstjugendtreffen mit ca. 2.000 Teilnehmern durch. Im Mittelpunkt der von dem Parteivorsitzenden Stefan ENGEL am 14. Mai 1989 gehaltenen Rede stand die Forderung der MLPD "Europapläne vom Tisch - aber wie?"

2.4.2 Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die Vereinigte Sozialistische Partei ist 1986 durch den Zusammenschluß der trotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD) entstanden. Sie konnte sich bisher über einen relativ geringen Mitgliederbestand hinaus, der bei ca. 400 auf Bundes- und ca. 180 auf Landesebene stagniert, nicht weiterentwickeln. Interne Querelen waren neben einem insgesamt unauffälligen Auftreten der Partei nicht förderlich. Uneinigkeit bestand und besteht u. a. in der Frage der seit längerem betriebenen Vereinigungsbemühung mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK). Der Vollzug dieser Vereinigung ist noch nicht abzusehen.

Daneben beteiligt sich die VSP auch an Einigungsversuchen einer neu aufgetretenen Gruppierung, die sich "Radikale Linke" nennt und in der u. a. auch ehemalige Angehörige von Organisationen der "Neuen Linken" wie auch "Erneuerer" der DKP mitwirken. Die umwälzenden Ereignisse in der DDR werden von der VSP als "revolutionäre demokratische Bewegung" "bedingungslos" unterstützt, die Wiedervereinigung zur "imperialistischen Großmacht" wird allerdings als "Traum des westdeutschen Bürgertums" abgelehnt... "klipp und klar...: Wiedervereinigung nein...".

2.4.3 Marxistische Gruppe (MG)

Die MG, die zu Beginn der 70er Jahre aus den "Roten Zellen" hervorgegangen ist, nimmt innerhalb der Gruppen der "Neuen Linken" eine Sonderstellung ein. Sie ist gekennzeichnet durch hierarchischen Aufbau, straffe Disziplin, intensive Schulung der Mitglieder und strenge Abschirmung des Verbandslebens. Ihr organisatorischer Schwerpunkt liegt in Bayern.

In Nordrhein-Westfalen sind Aktivitäten von Gruppen in Bochum, Dortmund und Duisburg mit insgesamt ca. 350 Mitgliedern (Bund: ca. 5.000) bekannt. Zentrale Publikationen der MG sind die "MSZ Marxistische Streit- und Zeitschrift - Gegen die Kosten der Freiheit" und die "Marxistische Arbeiterzeitung" (MAZ). Daneben erschienen in Nordrhein-Westfalen noch Publikationen, die meist kostenlos vor Großbetrieben und an Hochschulen verteilt wurden, wie z. B. die "Marxistische Hochschulzeitung", "Bochumer Hochschulzeitung" und "Dortmunder Hochschulzeitung". Die Entwicklung in der DDR und die damit verbundene Ausreisewelle wird von der MG kritisch kommentiert. So wird in einem Flugblatt unter der Überschrift "Die DDR-Flüchtlinge verdienen keinen Respekt, weil sie für ihre Flucht Gründe haben, daß es einer Sau graust" ausführlich dazu Stellung bezogen.

2.5 Anarchismus

Anarchisten wollen jede staatliche Ordnung "revolutionär" beseitigen und "herrschaftsfreie" Räume schaffen. Ihre Anhängerschaft ist in Nordrhein-Westfalen in Kleingruppen mit unterschiedlichen Bezeichnungen anzutreffen und insgesamt ohne Wirkung auf das politische Leben des Landes. Zu der Szene gehören Gruppen mit überörtlichen Anschlüssen, darunter "Graswurzel-Gruppen", deren Arbeit die "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) koordiniert. Die "Graswurzelbewegung" definiert sich selbst als "tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung, in der durch Macht von unten alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft werden sollen." Als Ziel wird "die Auflösung des zentralisierten, autoritären Staates..." propagiert.

Eine andere anarchistische Organisation, die " Freie Arbeiterinnen-Union " (FAU), verlangt - wie die FöGA - eine "herrschaftslose" Gesellschaft, die sie mit Mitteln der "Direkten Aktion" anstrebt, das sind "Besetzungen, Boykotte, Streiks etc.". Der Parlamentarismus wird abgelehnt. Für die FAU als anarcho-syndikalistische Organisation ist der Angriff auf die kapitalistischen Betriebe unter Einschaltung gewerkschaftlicher Mittel der Hebel zur Beseitigung des Staates.

Aus dem Bereich des Anarchismus sind die militanten "Autonomen" hervorzuheben, weil sie in ihrem Kampf gegen Staat und Gesellschaft nicht nur Gewaltanwendung in Wort und Schrift als Mittel befürworten, sondern auch - oft spontan - praktizieren. Bekannt ist ihr Erscheinungsbild bei öffentlichen Auftritten durch Vermummung und Helmschutz in den sogenannten "Schwarzen Blocks". Diese "Autonomen" sind geprägt von Haß auf Staat und Gesellschaft. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre staatliche Ordnung diffamieren sie als "Schweine-System", weil es das in ihren Augen freie und selbstbestimmte Leben unterdrückt und die Menschen ausbeutet. "Autonome" entfalten in der Regel ihre Aktivitäten unter dem Eindruck tagespolitischer Ereignisse. So beteiligten sie sich 1989 in Nordrhein-Westfalen u. a. an Aktionen, die im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter RAF-Mitglieder standen. Daneben haben sie sich in der Hausbesetzerszene u. a. durch Beteiligung an den "Aktionstagen Weißhausstraße", Köln, am 27. und 28. Januar 1989 und mehreren Besetzungen hervorgetan. Auf weiteren Feldern, darunter der Antifaschismus-Kampagne, konnten verstärkte "Autonomen"-Aktivitäten festgestellt werden. So führte u. a. der tödliche Unfall einer Teilnehmerin im Verlauf einer antifaschistischen Protestaktion in Göttingen auch in Nordrhein-Westfalen zu Demonstrationen und gewalttätigen Aktionen.

Nach dem Selbstverständnis der Anarchisten, die den dogmatischen Marxismus-Leninismus ablehnen, begrüßen sie die gegen die Alleinherrschaft der SED gerichtete Entwicklung in der DDR.

 SED HAUSMITTEILUNG				
An	Generalsekretär Genossen Honecker	Von Abteilung	J. Cebulla	Diktatzeichen
				Datum 13.10.89
Betr.				Erledigungs- vermerk
				11.89.

Werter Genosse Honecker!
 Nachstehend übermittle ich Dir den Finanzplan der-DKP für das Jahr 1990.

Im einzelnen schlüsselt er sich wie folgt auf:

1. Fonds I - für die Hauptkasse des ZK der SED
2. Fonds II - Staatssekretär für Koordinierung, Gen. Schalck

Aus dem Fonds I müßten folgende Mittel bereitgestellt werden:

a) Für Partei, Jugendorganisationen, befreundete Organisationen usw.	48.250.000,- DM
* monatlich 4.020.833,- DM	
b) Sonderausgaben für die Wahlen, Friedensaktionen	4.400.000,- DM
	52.650.000,- DM
	=====

Aus dem Fonds II - Staatssekretariat für kommerzielle Koordinierung - müßten folgende Mittel bereitgestellt werden:

a) Tageszeitung UZ	10.500.000,- DM
b) Zuführung für Druckaufträge aus der ODR Druckerei Plämbeck & Co.	1.500.000,- DM
c) Heska Druck Portuguesa, Portugal	3.000.000,- DM
d) Stütze des Reisebüros Hansa-Tourist	250.000,- DM
	15.250.000,- DM







3 Terrorismus

3.1 Entwicklungstendenz

Der 10. kollektive bundesweite Hungerstreik der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" vom 1. Februar bis 12. Mai 1989 löste innerhalb kurzer Zeit eine zunehmende Mobilisierung und Solidarisierung in der linksextremistischen Szene aus. Flankierende Terroranschläge des Kommandobereiches der Roten Armee Fraktion (RAF) blieben während des Hungerstreiks ebenso aus wie Sprengstoffanschläge "Kämpfender Einheiten" des RAF-Bereichs. Der Mord an Dr. Alfred HERRHAUSEN am 30. November 1989 durch das RAF-"Kommando Wolfgang BEER" sowie der gescheiterte Versuch eines Sprengstoffanschlages auf das Pflanzenschutzzentrum der Firma Bayer AG in Monheim am 10. Dezember 1989 durch eine "Kämpfende Einheit sheban atlouf/conny wissmann" haben erneut die besondere Gefährlichkeit der RAF sowie die Aktionsfähigkeit der RAF-Militanten ins allgemeine Bewußtsein gehoben. Die ernste Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, die von der RAF und deren Militanten ausgeht, dauert fort.

Nach dem mißlungenen Versuch eines Sprengstoffanschlages auf das Biotechnologische Zentrum der Universität Braunschweig im Februar 1988 haben "Revolutionäre Zellen (RZ)/Rote Zora" im Mai 1989 wieder Sprengstoffanschläge und zwar auf das Verwaltungsgericht in Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht in Münster sowie im November 1989 Brandanschläge in Köln und Hamburg verübt. Diese Anschläge unterstreichen, daß sich die RZ/Rote Zora offenbar konsolidiert haben; mit weiteren Anschlägen dieser terroristischen Vereinigung ist zu rechnen.

3.2 Rote Armee Fraktion (RAF) und Umfeld

Mit dem 10. bundesweiten kollektiven Hungerstreik der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" vom 1. Februar bis 12. Mai 1989 sollten nach einer vierseitigen Hungerstreikerklärung, die der RAF-Häftling Helmut POHL zu Beginn des Streiks stellvertretend für die "Gefangenen der RAF" abgab, u. a. folgende Forderungen durchgesetzt werden:

- *Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen*
- *Freilassung der Gefangenen, deren Wiederherstellung nach Krankheit, Verletzung oder Folter durch Isolation unter Gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist,*
- *freie medizinische Versorgung ohne Staatsschutzkontrolle für alle Gefangenen sowie*
- *freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen.*

Der Hungerstreik wurde nach dem Vorbild eines 1981 von Häftlingen der Irischen Terrorgruppe "Irish National Liberation Army (INLA)" geführten Hungerstreiks mit Unterbrechungen als sogenannter Kettenhungerstreik durchgeführt.

Im Verlauf des Hungerstreiks kam es zu Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und Bombendrohungen, zu Flugblatt-, Transparent- und Farbsprühaktionen, zu Besetzungen, Demonstrationen und zu anderen Solidaritätsaktionen von Personen des RAF-Umfeldes, des sonstigen terroristischen Umfeldes und des autonomen Spektrums. Überregionale Bedeutung hatte eine am 29. April 1989 in Bonn durchgeführte Demonstration. An der Demonstration, die der Durchsetzung der Hungerstreikforderungen dienen sollte, beteiligten sich etwa 5.000 Personen, darunter Angehörige der Häftlinge, die den Demonstrationzug anführten, Personen des RAF-Umfeldes, des sonstigen terroristischen Umfeldes, des autonomen sowie des sonstigen linksextremen Spektrums.

Am 12. Mai 1989 brachen die Häftlinge ihre Hungerstreikaktion ab, nachdem sich herausgestellt hatte, daß eine einheitliche Haltung der zuständigen Behörden der betroffenen Länder in der Frage der Zusammenlegung von RAF-Häftlingen nicht zu erreichen war.

Erklärungen einzelner RAF-Häftlinge zum Abbruch des Hungerstreiks lassen erkennen, daß die Häftlinge an ihrer Forderung nach Zusammenlegung festhalten, daß sie unserem Staats- und Gesellschaftssystem unverändert feindlich gegenüberstehen und weiterhin nach einer "revolutionären Entwicklung" streben. Anhänger der RAF haben nach Beendigung des Hungerstreiks Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen der Hungerstreikenden begonnen, mit denen sie versuchten, den - inzwischen geschrumpften - Mobilisierungseffekt aufrechtzuerhalten, den der Hungerstreik in der linksextremistischen Szene auslöste. Im Vordergrund standen hierbei die Forderung nach Freilassung angeblich haftunfähiger RAF-Mitglieder sowie nach freier politischer Information der Gefangenen und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Aber auch die ursprüngliche Forderung nach Zusammenlegung der Häftlinge in großen Gruppen wird in die Agitation aufgenommen.

Aus einem Ende Oktober 1989 verfaßten Brief des RAF-Häftlings Helmut POHL, der in dem von "Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD" herausgegebenen "Angehörigen Info 27" vom 10. November 1989 veröffentlicht worden ist, geht hervor, daß er und andere RAF-Häftlinge, den bereits im Sommer 1987 beschlossenen, mehrfach verschobenen Hungerstreik nunmehr für endgültig gescheitert halten: "Wir sind mit unserem Projekt nicht weitergekommen, wir müssen uns auf eine neue Phase des Kampfes orientieren, aber mit den Erfahrungen aus diesem Streik". Im Rahmen dieser neuen Phase des Kampfes um die Zusammenlegung nennt er das Mittel eines neuen Hungerstreiks, wenn es nicht mehr anders gehe. Soweit sie - die RAF-Häftlinge - während des Hungerstreiks für "andere in dieser Zeit die Initiative an sich gezogen" hätten und diese "ihre eigene mitbestimmt" habe, "sei das alles wieder abgegeben". Diese Äußerung muß als eine kaum verhüllte Aufforderung an den "Kommandobereich" sowie die "Militanten" der RAF wirken, nunmehr unabhängig von den Inhaftierten terroristische Aktionen zu begehen. Der Brief endet mit der gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens insgesamt gerichteten Kampfparole, "daß Veränderungen nur erzielt werden, wenn man den Mechanismus, nach dem das ganze System funktioniert, trifft. Die Kosten müssen höher getrieben werden, als der Profit, den sie sich versprechen."

Am 30. November 1989 wurde in Bad Homburg/Hessen auf das Fahrzeug des Vorstandssprechers der Deutschen Bank AG, Dr. Alfred HERRHAUSEN, ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem Dr. HERRHAUSEN getötet und sein Fahrer schwer verletzt wurden. Die Täter hatten den Sprengsatz auf einen am Straßenrand abgestellten Fahrrad angebracht und die Explosion durch elektrische Zündung mit Hilfe einer Lichtschranke ausgelöst. Sie flüchteten mit einem im Oktober 1989 gemieteten und später unterschlagenen Pkw, den sie mit einem Doublettenkennzeichen versehen hatten. Am Tatort wurde von den Tätern u. a. ein in einer Klarsichthülle eingeschweißtes DIN A-4-Blatt hinterlassen, das neben der Abbildung des "RAF-Symbols" die Aufschrift "Kommando Wolfgang BEER@@*@@@" enthielt.

Am 5. Dezember 1989 gingen bei verschiedenen Nachrichtenagenturen in Bonn sowie am 6. Dezember 1989 bei einer Zeitung in Karlsruhe textidentische Taterklärungen der RAF vom 2. Dezember 1989 ein, in denen die RAF erklärte, sie habe mit dem "Kommando Wolfgang BEER" den "Chef der Deutschen Bank, Alfred HERRHAUSEN, hingerichtet". HERRHAUSEN sei der "mächtigste Wirtschaftsführer in Europa" gewesen. Unter seiner Regie habe sich die Deutsche Bank zur "europaweit größten Bank aufgeschwungen", die "ihr Netz über ganz Westeuropa geworfen" habe und "an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur" stehe, gegen die sich jeder Widerstand durchsetzen muß."

*Wolfgang BEER kam am 25. Juli 1980 bei einem Verkehrsunfall im Raum Bietigheim/Bissingen zusammen mit der damals ebenfalls mit Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen RAF-Terroristin Juliane PLAMBECK ums Leben.

Die Taterklärung, in der die Notwendigkeit des Kampfes um die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge sowie einer "Front gegen den Imperialismus hier in Westeuropa" betont wird, endet mit der bekannten RAF-Parole "Zusammen kämpfen".

Am 10. Dezember 1989 konnte ein Sprengstoffanschlag auf das Pflanzenschutzzentrum der Firma Bayer AG in Monheim verhindert werden. Der in einer auf dem Werksgelände abgestellten Tasche untergebrachte Sprengsatz wurde rechtzeitig entschärft. In der Taterklärung begründeten Militante der RAF, die sich als "Kämpfende Einheit sheban atlouf/conny wissmann" bezeichnen, die Auswahl des Angriffszieles mit der "Macht des Bayer-Konzerns", der "heute einer der größten Chemiemultis weltweit" sei. Außerdem polemisieren sie gegen den "ausschließlich durch die imperialistischen Staaten" kontrollierten Bereich der "Bio- und Gentechnologie", mit deren Hilfe sich diese "das Diktat über die Entwicklung der Länder der Dritten Welt und die Regulierung von Leben weltweit sichern". Die Erklärung endet mit der Forderung: "Zusammenlegung der kämpfenden Gefangenen! Den Angriff organisieren. Zusammen kämpfen."

Am 7. Dezember 1989 nahm die Polizei aufgrund eines Hinweises aus der Bevölkerung im Bereich Südermarsch/Nordfriesland die mutmaßlichen terroristischen Gewalttäter Ute HLADKI und Holger DEILKE in einem "Doublettenfahrzeug" fest. In dem Fahrzeug wurde ein Revolver vorgefunden, der aus einem Raubüberfall am 19. März 1982 in Dortmund stammt. In der von beiden unter falschem Namen in Tönning/Schleswig-Holstein angemieteten Ferienwohnung fand die Polizei u. a. Funkgeräte, eine Auszieherkralle für Pkw-Schlösser, mehrere verschiedene Kfz-Schlüssel und zum Teil verschlüsselte hand- und maschinenschriftliche Aufzeichnungen.

Die zuletzt in Bielefeld amtlich gemeldeten Ute HLADKI und Holger DEILKE waren beim Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung (RAF) angeklagt und von mehreren Staatsanwaltschaften zur Festnahme bzw. Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben. Der Generalbundesanwalt hat inzwischen gegen beide Personen ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß §129 a StGB und anderer Straftaten eingeleitet.

Am 20. Januar 1989 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf wegen vorsätzlichen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion (Sprengstoffanschlag auf die Bundesgrenzschutzkaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11. August 1986) in Tateinheit mit mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) Norbert HOFMEIER zu 10 Jahren Freiheitsstrafe sowie Barbara PERAU und Thomas THOENE zu jeweils neun Jahren Freiheitsstrafe. Thomas RICHTER wurde ebenfalls wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung (RAF) zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Alle Angeklagten haben gegen das Urteil Revision eingelegt**.

** Der Generalbundesanwalt hat am 11. Dezember 1989 das gegen Rolf Erwin HARTUNG (siehe Verfassungsschutzbericht 1988, Seiten 45/46) wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion geführte Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung eingestellt. Das Oberlandesgericht Stuttgart entschied am 22. Januar 1990, daß er u. a. für die erlittene Untersuchungshaft aus der Staatskasse zu entschädigen sei.

3.3 Revolutionäre Zellen (RZ)

Erstmals nach 1987 verübten Revolutionäre Zellen am 9. Mai 1989 wieder zwei Sprengstoffanschläge, und zwar auf das Verwaltungsgericht in Düsseldorf sowie das Oberverwaltungsgericht in Münster. In beiden Fällen entstand Sachschaden. Die in Berlin erscheinende Schrift des autonomen Spektrums "Interim", Nr. 53 vom 18. Mai 1989, enthält unter der Überschrift "Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik" den Abdruck einer Taterklärung, in der die RZ an die Asylantenproblematik, die Rechtsprechung in Asylsachen sowie die Unterdrückung von Frauen (insbesondere als Opfer "sexistischer Gewalt") anknüpften. Die Taterklärung wurde auch in dem Szenenblatt "AufRuhr", Nr. 7, aus Bochum und - auszugsweise - in der Juni-Ausgabe einer Kölner Alternativzeitung abgedruckt.

Darüber hinaus bekannten sich die RZ zu folgenden Anschlägen:

- *Am 12. November 1989 verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf die "Informations- und Beratungsstelle der Stadt Köln für ethnische Minderheiten", indem das aus den Schränken entnommene Aktenmaterial mit Hilfe eines Tauchsieders entzündet und vernichtet wurde. Im Treppenhaus sprühten die Täter "RZ".*
- *Am 14. November 1989 setzten unbekannter Täter mehrere Stockwerke der Hamburger Behörde für Arbeit und Soziales in Brand, indem sie die Akten mit Brandbeschleuniger übergossen und an verschiedenen Stellen Brandsätze legten. An einer Wand im Treppenhaus brachten sie die Parole "RZ w.g. Roma" an."*

In den Taterklärungen knüpften die RZ an die Asylantenproblematik an und forderten u. a. ein "uneingeschränktes Bleiberecht für alle Sinti und Roma". Am 9. Juni 1989 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Dr. Ingrid STROBL wegen Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag, Zerstörung eines Gebäudes und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (RZ) zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren.*

Der Prozeß, der am 14. Februar 1989 begonnen hatte, fand nicht nur im terroristischen Umfeld, sondern darüber hinaus auch im gesamten linksextremen Spektrum starke Beachtung. Über ihn wurde u. a. regelmäßig in der Zeitschrift "Clock Work 129a" berichtet, die im Zusammenhang mit dem Prozeß herausgegeben wurde.

Vor Prozeßbeginn fand am 11. Februar 1989 in Essen eine Solidaritätsdemonstration statt, zu der bundesweit aufgerufen worden war; an ihr beteiligten sich etwa 5.000 Personen, von denen sich bereits am Aufstellungsort rund 2.000 Personen verummumt hatten. Weitere Demonstrationen folgten, u. a. in Köln am 22. April 1989 mit etwa 1.000 Teilnehmern, darunter auch Angehörige des terroristischen Umfeldes, und am Tage der Urteilsverkündung u. a. in Essen, Münster und Köln.

* Im Revisionsverfahren hat der Bundesgerichtshof am 10. Mai 1990 das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf hinsichtlich des Strafausspruchs aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen.

3.4 Terroristisches Umfeld

Gruppen und Personen des terroristischen Umfeldes setzten 1989 ihre Agitation gegen den Staat in Veranstaltungen, Demonstrationen oder mit Schriften bzw. Flugblättern, Transparent- und Farbsprühaktionen fort. Dies galt besonders für die Dauer des Hungerstreiks für die Zusammenlegung der "Gefangenen aus RAF und Widerstand" sowie nach Beendigung des Hungerstreiks für die Freilassung angeblich "haftunfähiger Gefangener".

3.5 Terroristische und sonstige politisch motivierte Gewalttaten

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen haben 1989 folgende Gewalttaten registriert, die terroristisch oder politisch motiviert waren:

3.5.1 Ausgeführte Gewalttaten

Im Jahre 1989 wurden 47 (1988: 72) vollendete oder versuchte Gewalttaten bekannt.

Im einzelnen (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

3	(1)	Mordanschläge
6	(9)	Sprengstoffanschläge**
18	(33)	Brandanschläge
1	(8)	gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr**
5	(7)	Anschläge auf Hochspannungsmasten
15	(14)	Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendungen

Die rückläufige Entwicklung hat sich somit auch 1989 fortgesetzt.

Die Anschläge richteten sich, wie auch in den Vorjahren, gegen öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts- und Versorgungsunternehmen, militärische Einrichtungen, Anlagen der Polizei und Bundespost, Geschäftsstellen von Parteien sowie gegen Kraftfahrzeuge und Baumaschinen. Die drei Mordanschläge wurden durch die ausländische terroristischen IRA/PIRA gegen britische Soldaten und deren Angehörige verübt.

Nach den Ermittlungsergebnissen sind von den 24 Sprengstoff-/ und Brandanschlägen 12 Straftaten dem militanten, linksextremen Spektrum (1988 = 22 Fälle) und 1 Anschlag dem gewaltbereiten rechtsradikalen Umfeld (1988 = 15 Fälle) zuzurechnen.

** Die versuchte Straftat der Fallgruppe "gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr" wurde durch Sprengmittel verübt. Dieser Fall ist daher auch in der Gesamtzahl der Sprengstoffanschläge enthalten.

3.5.2 Angedrohte Gewalttaten

Im Jahre 1989 wurden 253 (218) Straftaten, bei denen ein politisches Motiv erkennbar war oder behauptet wurde, anonym fernmündlich oder schriftlich angedroht. In 134 Fällen handelt es sich um sogenannte Bombendrohungen, die in ihrer Mehrzahl gegen öffentliche Einrichtungen, Industrieunternehmen, militärische Objekte, ausländische Vertretungen, Kaufhäuser und Banken sowie gegen Personen des öffentlichen Lebens gerichtet waren. Die 119 Fälle sonstiger Bedrohungen richteten sich vorwiegend gegen Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft sowie gegen ausländische Vertretungen, öffentliche Einrichtungen und Einzelpersonen im Zusammenhang mit der Ausländer-/Asylfrage und Auseinandersetzungen zwischen Antifaschisten und rechtsextremistischen Parteien.

Was ihr nicht in der Zeitung lesen werdet:
Für die Nazis und die Reichen
gehn die Bullen über Leichen !

Aus Wut über Connys Tod durch einen
Bulleneinsatz zum Schutz für Naziskins in Göttingen
haben wir in der Nacht vom 20.-21.11.
an der Dresdner Bank
(Partnerin der südafrikanischen Rassisten)
an der Warendorfer Str. dazu gesprüht
und 10 Scheiben eingeschlagen.



Grüsse an die kämpfenden GenossInnen
drinnen und draußen!

Kampf dem Faschismus!



HEUTE IST NICHT,
ALLE TAGE-
WIR KOMMEN WIEDER
KEINE FRAGE!





4 Ausländerextremismus

4.1 Entwicklungstendenz

Obwohl die Zahl der Ausländer 1989 in Nordrhein-Westfalen angestiegen ist, hat sich die Anzahl ausländischer Extremisten verringert. Sie beträgt schätzungsweise etwas mehr als 40.000 (1988: 44.000) Personen in rund 500 Organisationen (einschließlich der in Dachverbänden zusammengeschlossenen selbständigen Vereinigungen). Allerdings hat unter den Ausländern die Bereitschaft zugenommen, ihre extremistisch-politischen Ziele mit Gewalt zu verfolgen.

Im türkischen Bereich gab es zahlreiche Aktivitäten in den Lagern der extremen Nationalisten, islamischen Fundamentalisten, orthodoxen Kommunisten und "Neuen Linken". Veranstaltungen nationalistischer-rechtsgerichteter Türken wurden zum Teil gewaltsam von linksextremistischen Landsleuten gestört. Der KAPLAN-Verband stand wieder im Vordergrund islamisch-fundamentalistischer Bestrebungen; er hat sich jetzt offen zur Gewaltanwendung bekannt. KAPLAN selbst unterstützte öffentlich den Mordaufruf des im Juni 1989 verstorbenen KHOMEINI gegen den Buchautor Rushdie, den Autor der "Satanischen Verse". Nachdem KAPLAN zuletzt von dem iranischen Revolutionsführer abgerückt war, hat sich von seinem Verband eine iranorientierte Bewegung abgespalten. Die ebenfalls mitgliederstarke Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa (AMGT) stellt stärker als bisher den Koran als alleinige Richtschnur auch des politischen Handelns heraus. Die militante türkische "Neue Linke" trat massiert in der Öffentlichkeit auf; ein Teil solidarisierte sich erstmalig mit den Häftlingen der RAF.

Exekutivmaßnahme und Anklageerhebung gegen eine Vielzahl ihrer Funktionäre hielt die terroristische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nicht davon ab, weiterhin angebliche "Verräter an der Kurdischen Sache" zu liquidieren und andere rechtswidrige Handlungen wie Besetzungen vorzunehmen. Im Mittelpunkt ihrer vielfältigen Aktivitäten stand der am 24. Oktober 1989 in Düsseldorf eröffnete "Kurdendenprozeß". Anhänger der PKK und ihrer Nebenorganisationen wandten sich gegen die angebliche völkerrechtswidrige Behinderung ihres "Befreiungskampfes" durch die Bundesrepublik Deutschland. Auch die "konkurrierende" Kurdenvereinigung KOMKAR richtete scharfe Angriffe gegen die deutsche Ausländerpolitik.

Im iranischen Bereich ist der Sprengstoffanschlag in Köln hervorzuheben, den vermutlich KHOMEINI-Anhänger im Februar 1989 auf oppositionelle Volksmodjahedin verübten.

Der Mordaufruf des iranischen Revolutionsführers vom Februar gegen Rushdie wirkt auch nach dem Tod KHOMEINIs bei den fundamentalistischen Moslems hierzulande fort. Im Zuge der im Vorjahr begonnenen Ermittlungen gegen die terroristische Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (PFLP-GC) wurden in Neuss weitere präparierte Sprengsätze gefunden. Die (Provisional) Irish Republican Army (IRA/PIRA) setzte ihre Anschläge auf die Britische Rheinarmee fort.

Wegen ihrer terroristischen Aktivitäten handelt es sich bei der IRA/PIRA, der PKK einschließlich Nebenorganisationen und der PFLP-GC um die derzeit gefährlichsten Ausländerorganisationen. Gewalttätigkeit zeigten auch Gruppen der türkischen

Neuen Linken", Sikhs und Tamilen. Von allen geht eine besondere Bedrohung der inneren Sicherheit aus.

4.2 Türken

4.2.1 Extreme Nationalisten

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.(ADÜTDF) – Türk-Föderation -

In Nordrhein-Westfalen verfügt die Türk-Föderation mit Sitz Frankfurt/Main über zahlreiche Mitgliedsvereine. Im März 1989 wurde in Duisburg eine ihrer sogenannten Kulturveranstaltungen (rd. 800 Teilnehmer) von ca. 120 Angehörigen der linken Szene - überwiegend Türken - gestört. Bei deren Versuch, eine Absperrkette der Polizei zu durchbrechen, wurde ein Beamter verletzt.

4.2.2 Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (TIKDB)

Zum 11. Februar 1989 hatte der Bielefelder Mitgliedsverein der TIKDB, einer Abspaltung der Türk-Föderation, zu einem Treffen geladen. Etwa 50 mit Stöcken, Messern, Pistolen und Molotow-Cocktails bewaffnete gegnerische Türken bedrohten die anreisenden Teilnehmer. Sie schleuderten zwei Brandsätze gegen das Versammlungsgebäude und gaben mindestens einen Schuß ab. Dabei wurden zwei Vereinsmitglieder verletzt. Die Polizei nahm 14 Angreifer vorübergehend fest, darunter zwei bekannte Linksextremisten.

Der Oberhausener TIKDB-Mitgliedsverein organisierte am 18. Februar 1989 in Mülheim a. d. Ruhr eine "Kulturveranstaltung für türkische Arbeitnehmer". Bei der Ankunft der rund 200 Teilnehmer kam es zu massiven Störungen durch etwa 300 vermutlich linksgerichtete Türken und Deutsche. Diese gingen gewaltsam gegen die absichernden Polizeibeamten vor.

Am 17. Juni 1989 hielt die TIKDB in Iserlohn ihren 2. Jahreskongreß ab. Zu den rund 2.000 Besuchern zählten Vertreter von Türk-Föderation und Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa (AMGT) sowie rechtsextremistische Funktionäre aus dem Heimatland. Der TIKDB-Vorsitzende Musar Serdar CELEBI wurde im Amt bestätigt.

4.2.3 Islamische Extremisten

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V. (KAPLAN- Verband) und Islamische Bewegung

Cemaleddin KAPLAN und sein in Köln ansässiger Verband propagieren den revolutionären Sturz des türkischen Regimes und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates im Heimatland. Sprachrohr des Verbandes ist die Zeitschrift "ÜMMET".

Bei der moslemischen Anti-Rushdie-Demonstration Anfang März 1989 in Bonn trat KAPLAN als Redner auf. Den Wortlaut seiner Ansprache hat "ÜMMET" unter dem 1. April 1989 veröffentlicht. Danach stellte KAPLAN erneut seine politischen Ziele dar, den Koran zur Staatsverfassung für die gesamte Menschheit sowie den Islam zu einem einzigen, weltumfassenden Staat und zum Träger der Weltherrschaft, Weltpolitik und Weltzivilisation zu machen. Der Mordaufruf KHOMEINIs gegen Rushdie wurde von KAPLAN unterstützt.

Überraschend äußerte KAPLAN, der bislang das KHOMEINI-Regime uneingeschränkt zum Vorbild seiner revolutionären Politik erklärt hatte, in der "ÜMMET"-Ausgabe vom Mai 1989, die Verherrlichung des iranischen Revolutionsführers KHOMEINI stelle eine zu starke Betonung des schiitischen Islams dar; außerdem unterstützten iranische Verantwortliche spalterische Elemente innerhalb der Sunniten. Dieses Verhalten werde den Moslems insgesamt schaden. Daher müsse gegen die Umtriebe der iranischen Regierung vorgegangen werden. Sein Abrücken vom Iran hat zur Spaltung des Verbandes und zur Gründung des Vereins "Islamische Bewegung" geführt. Die neue türkische Vereinigung mit Sitz in Köln, geleitet von KAPLANs Stellvertreter KILIC aus Bochum, vertritt weiterhin radikal die iranische Position.

4.2.4 Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMG T)

Die 5. Jahresversammlung der AMGT fand am 4. Juni 1989 in Köln statt. Sie wurde von annähernd 10.000 Türken aus dem Bundesgebiet und dem europäischen Ausland besucht. Zu den Gästen zählten Prof. ERBAKAN, Führer der fundamentalistischen türkischen Refah-Partisi (Wohlfahrtspartei), sowie Vertreter der TIKDB und der orthodox-kommunistischen Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF).

ERBAKAN betonte in seiner Rede den alleinigen Vertretungsanspruch der AMGT für die ca. 3 Millionen Türken in Europa. Er stützte sich auf den vorgelegten Tätigkeitsbericht. Danach habe die AMGT 60.000 Anhänger, davon über 18.000 zahlende Mitglieder, die in 277 Vereinen organisiert seien. Sie bilde die größte Vereinigung von Türken außerhalb des Heimatlandes. ERBAKAN forderte, die Muslime dürften sich nicht länger von "verwestlichtem" Recht leiten lassen. Das Recht des Korans müsse Richtschnur allen Handelns für die "neue Weltsicht" sein.

4.2.5 Verein zur Erhaltung der islamischen Gebetshäuser Deutschland e. V.

Am 28. Oktober 1989 trat KAPLAN, der auch Vorsitzender dieser türkischen Organisation ist, als Redner in einer öffentlichen Veranstaltung in Köln auf, zu der der Verein eingeladen hatte. Vor über 5.000 Landsleuten beschimpfte KAPLAN - wie einige Redner vor ihm - andere islamische Vereine und Vorbeter. Nur sein Weg sei der einzig richtige; alle anderen Organisationen seien gottlos.

4.2.6 Orthodoxe Kommunisten

Die Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF) - 1988 entstanden durch den Zusammenschluß von FIDEF (Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) und DIB-AF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa - Einigkeit für Demokratie) - führte im Februar 1989 in Düsseldorf ihren ersten Bundeskongreß durch. Der langjährige FIDEF-Vorsitzende Hasan OEZCAN aus Duisburg wurde zum GDF-Bundesvorsitzenden gewählt.

4.2.7 Neue Linke

Das Auslandsbüro der gewaltgeneigten Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) forderte im April 1989 in Flugschriften zur Solidarität mit den RAF-Häftlingen und zur Unterstützung ihres Hungerstreiks auf. Die inhaftierten Mitglieder der RAF wurden verteidigt als "revolutionäre Gefangene gegen einen mörderischen imperialistischen Staat". Eine der TKP/M-L-Parolen lautete: "Tod dem westdeutschen Imperialismus!".

Im Herbst 1989 rief die TKP/M-L in einer Flugschrift ihre Landsleute auf, Spenden zur Aufrüstung ihrer Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) zu leisten. Außer Geld sollen auch versteckt gehaltene Waffen an die Partei abgeliefert werden. Ihre 3. Generalkonferenz hielt die TKP/M-L am 11. November 1989 in Duisburg ab. Hieran nahmen rund 1.000 Türken aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil.

Mit dem politischen Widerstand, den Gesinnungsgenossen in türkischer Haft durch einen 52tägigen Hungerstreik leisteten, solidarisierten sich Anhänger der türkischen "Neuen Linken" im August 1989 durch zahlreiche Aktionen in Bonn,

Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln und Krefeld. Dazu gehörten die Verbrennung einer türkischen Fahne vor dem türkischen Generalkonsulat in Essen, eine zentrale Demonstration in Bonn (ca. 2.000 Teilnehmer) und die Blockade einer Straßenkreuzung in Duisburg (ca. 300 Teilnehmer).

Annähernd 20.000 Angehörige der türkischen und kurdischen "Neuen Linken" darunter zahlreiche PKK-Anhänger - trafen sich am 9. September 1989 in Köln. Sie prangerten Menschenrechtsverletzungen und "die brutale Unterdrückung des kurdischen Volkes" in der Türkei an. Zugleich bekundeten sie Solidarität mit inhaftierten Gesinnungsgenossen nicht nur im Heimatland, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Ihr Protest wurde von rund 500 deutschen Linksextremisten, u. a. Angehörigen der MLPD, unterstützt. Während der Demonstration kam es zu Sachbeschädigungen. Die Veranstaltung belegt ein überraschend hohes Potential des militanten türkischen/kurdischen Linksextremismus (ohne orthodoxe Kommunisten) sowie erneut die Solidarisierung von seiten deutscher linksextremistischer Gruppen.

4.2.8 Tötlichkeiten zwischen links und rechtsgerichteten Gruppen

Angehörige des als rechtsorientiert geltenden Türkischen Elternverbandes Wuppertal klebten am 12. November 1989 in Wuppertal Plakate, die zu einer Veranstaltung am 18. November einluden. Sie wurden durch drei linksextremistische Landsleute gestört. Zwischen beiden Gruppen kam es zu Handgreiflichkeiten. Ein Störer erlitt erhebliche Verletzungen. Der Vorfall löste in Wuppertal Protestdemonstrationen linksextremistischer Türken gegen die angeblichen "Grauen Wölfe" am 16. (ca. 200 Teilnehmer) und 18. November 1989 (rund 400 Teilnehmer) aus; hieran beteiligten sich auch Angehörige der deutschen autonomen Szene, DKP und Umfeld.

4.3 Kurden

4.3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die terroristische, marxistisch-leninistisch ausgerichtete PKK führt einen bewaffneten "Befreiungskampf" gegen die Türkei, um einen eigenständigen Kurdenstaat zu schaffen. Sie und ihre Nebenorganisationen sind in Nordrhein-Westfalen konzentriert, und zwar im Raum Köln-Bonn.

Die Exekutivmaßnahmen und Anklageerhebung gegen 19 ihrer Funktionäre hinderte die PKK offenbar nicht, weiterhin "Verräter an der kurdischen Sache" in den eigenen Reihen zu liquidieren, wie das Attentat auf zwei führende parteiinterne Oppositionelle Mitte Juni 1989 in den Niederlanden zeigt.

Am 24. Oktober 1989 hat vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen 19 PKK-Funktionäre wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung u. a. Straftaten begonnen. Bei Prozeßeröffnung skandierten die Angeklagten politische Parolen; außerdem kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen ihnen und dem Justizpersonal. Vor dem Gerichtsgebäude verlangten ca. 150 protestierende Kurden die "sofortige Freilassung der Inhaftierten".

Aus Solidarität mit den inhaftierten Gesinnungsgenossen unternahmen PKK-Anhänger zahlreiche zum Teil gewaltsame Aktionen, u. a. Aufmarsch an einem

Autobahngrenzübergang, Versammlungen vor Justizvollzugsanstalten, Hungerstreiks sowie Besetzungen öffentlicher Einrichtungen. Anfang Oktober 1989 erschien eine Sonderausgabe des "Kurdistan-Report", Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), einer internationalen Teilorganisation der PKK. In deutscher Sprache widmet sie sich ausschließlich dem Düsseldorfer Kurdenprozeß. Allein auf zehn Seiten sind Reden des PKK-Generalsekretärs Abdulla ÖCALAN zum "PKK-Prozeß der deutschen Imperialisten und seine Hintergründe" abgedruckt. Darin äußerte ÖCALAN, die PKK werde "eine noch intensivere Haltung des Widerstands... bei den in der BRD geführten Prozessen einnehmen. Als Folge dessen werden die Strafen vielleicht überaus hoch sein, vielleicht wird es sogar Gefallene geben."

Ferner erklärte ÖCALAN im Oktober 1989 gegenüber einer deutschen Illustrierten, bisher habe seine Partei

"die Deutschen nicht direkt angegriffen ... wenn sich die Haltung der Deutschen nicht ändert, werden wir gegen ihre Existenz in der Türkei und ihre Einrichtungen vorgehen. Auch unser Kampf in Europa könnte sich auf eine andere Ebene begeben."

Neben den Aktionen im Zusammenhang mit dem Prozeß sind folgende Ereignisse nennenswert:

- *Am 5. August 1989 feierten rund 2.500 PKK-Anhänger in Wuppertal die Eröffnung des "bewaffneten Befreiungskampfes" in der Türkei (August 1984) durch PKK-Guerillaeinheiten.*
- *An der deutsch-niederländischen Grenze wurde am 24. Oktober 1989 ein in Wesel wohnhafter PKK-Funktionär wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Ihm soll die Pistolenmunition gehören, die kurz zuvor bei Durchsuchung der Wohnung eines PKK-Angehörigen in Ludwigshafen im Rahmen eines Verfahrens gegen PKK-Mitglieder wegen Verdachts des Verstoßes gegen § 129 a StGB und andere Straftaten gefunden wurde.*
- *Im Herbst 1989 hat die PKK wie alljährlich eine Spendenaktion betrieben, deren Erlös ausschließlich für ihren "bewaffneten Kampf" gegen die Türkei bestimmt ist.*
- *Am 9. Dezember 1989 feierten mehrere tausend PKK-Anhänger den 11. Jahrestag der Parteigründung. Ungeachtet des Düsseldorfer Prozesses sind sie gewillt, ihre politische Tätigkeit hierzulande fortzusetzen.*

4.3.2 Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-KURDISTAN)

Die PKK-Nebenorganisation FEYKA-KURDISTAN mit Sitz in Bonn gibt den deutschsprachigen "Kurdistan-Rundbrief" heraus. Darin berichtete sie im Februar 1989 über eine "Revolutionäre Einheitsplattform", in der sich die PKK und einige linksextremistische türkische Parteien zusammengeschlossen hätten.

Außer anderen politischen Veranstaltungen für PKK-Anhänger in Nordrhein-Westfalen organisierte FEYKA-KURDISTAN am 21. Oktober 1989 in Düsseldorf eine Protestkundgebung gegen den Düsseldorfer Kurdenprozeß. An ihr beteiligten sich rund 5.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet: PKK-Anhänger, türkische Linksextremisten und etwa 500 Deutsche aus der autonomen Szene. Auf Plakaten und Handzetteln warfen sie der Bundesrepublik vor, mit dem Gerichtsverfahren den "nationalen Befreiungskampf" des kurdischen Volkes anzugreifen.

Kurdistan-Komitee

Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit hat das "Kurdistan-Komitee in der BRD e.V." mit Sitz in Köln, eine weitere PKK-Nebenorganisation, Mitte Januar 1989 einen "Bericht über die Verfolgung der Kurden und kurdischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland" herausgegeben. Er prangert "die zunehmende Kriminalisierung durch bundesdeutsche Behörden" an und behauptet: "Die Einmischung der Bundesrepublik Deutschland in den Befreiungskampf Kurdistans stellt eine internationale Rechtsverletzung im Sinne des Völkerrechts dar."

Im Zusammenhang mit dem Kurdenprozeß gibt ein Kurdistan-Komitee Düsseldorf ein - zweiwöchentlich erscheinendes - Informationsblatt "KURDENPROZESS Aktuell" in deutscher Sprache heraus. In der Ausgabe 1 vom 6. November 1989 werden als Verleger der PKK-eigene Agri-Verlag in Köln und als verantwortlich das Kurdistan-Komitee e.V. in Köln angegeben. Die Publikation will "der falschen Berichterstattung durch die offiziellen Medien etwas entgegenstellen". Sie bezeichnet den PKK-Prozeß als "Kriminalisierung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans und seiner Anhänger in der BRD". Die Herausgeberin hat - vermutlich für die Dauer des Kurdenprozesses - in Düsseldorf ein eigenes Büro eingerichtet.

4.3.3 Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e. V (KOMKAR)

Einen eigenständigen Kurdenstaat will auch die mitgliederstarke orthodox-kommunistische KOMKAR in der Türkei errichten. Sie hat ihren Sitz in Köln.

Eine überregionale Veranstaltung Mitte März 1989 in Duisburg wurde von rund 4.000 Kurden besucht. In ihrem Flugblatt zu diesem Treffen wies KOMKAR auf die Neugründung der "Befreiungsbewegung Kurdistans" (TEVGER) hin. Offenbar wird TEVGER von ihr unterstützt.

Am 11. Bundeskongreß der KOMKAR in Köln nahmen im Mai 1989 rund 500 Anhänger aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Sie beschloßen "weitere Unterstützung des kurdischen Volkes in seinem legitimen Kampf gegen staatlichen Terror, Faschismus, Imperialismus und Chauvinismus". Die Bundesrepublik Deutschland müsse zum Einwanderungsland erklärt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit müßten eingestellt werden. Die "forcierte diskriminierende, feindselige und rassistische Politik der Herrschenden in der Bundesrepublik" gegenüber Arbeitsimmigranten und Asylsuchenden zeigt ihre Wirkung in den Wahlerfolgen neofaschistischer Kräfte. Rund 900 KOMKAR-Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten am 16. September 1989 in Duisburg gegen "die Unterdrückung des kurdischen Volkes" in der Türkei. In einem Begleitflugblatt unterstellt KOMKAR:

"... daß die Bundesregierung diesen Krieg des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk finanziert..."

Somit ist die Bundesrepublik Deutschland beteiligt am Krieg gegen das kurdische Volk."

4.4 Iraner

Die Veröffentlichung des Buches "Satanische Verse" von Salman Rushdie stößt weltweit auf Proteste schiitischer Moslems. Mitte Februar 1989 rief der inzwischen verstorbene iranische Revolutionsführer KHOMEINI zur Ermordung des Autors auf. Der Mordaufruf löste in vielen Ländern eine Kampagne extremistischer Schiiten gegen Rushdie und sein Werk aus. Auch in Nordrhein-Westfalen kam es zu teilweise gewaltsamen Protestaktionen und Bombendrohungen gegen Buchhandlungen und Verlage in Bonn. Zu der von einem "Islamischen Komitee" organisierten Protestdemonstration Anfang März 1989 in Bonn erschienen rund 6.000 Moslems aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie verbrannten eine an einem Galgen hängende Puppe, die den Buchautor Rushdie darstellte.

Die hier lebenden islamisch-marxistischen Volksmodjahedin sammeln sich in der Iranischen Moslemischen-Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (MSV). Sie bekämpfen erbittert das Mullahregime im Iran.

Zum "Gedenken an die Hinrichtung von Gesinnungsgenossen" kamen im Februar 1989 etwa 2.000 MSV-Anhänger in Köln zusammen. Kurz vor Ende der Veranstaltung verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag. Zwei Besucher wurden verletzt; es entstand hoher Sachschaden. Die Vermutung liegt nahe, daß KHOMEINI-Anhänger für den Anschlag verantwortlich sind.

Die Nachricht vom Ableben des 88jährigen Revolutionsführers KHOMEINI am 3. Juni 1989 löste bei den hier ansässigen persischen Extremistengruppen unterschiedliche Reaktionen aus:

- *Schahetreue Anhänger der Freiheitsfront Iran (FFI) feierten das Ereignis am 5. Juni in Bonn mit Sprechchören und Tänzen. Die Monarchisten zeigten ein Transparent mit der Aufschrift "Nieder mit der Islamischen Republik".*
- *Hingegen betrauerte die Union der Islamischen Studentenvereine in Europa (U.S.A.) den Tod ihres geistigen Führers. Auf Standkundgebungen und einer Demonstration (ca. 800 Teilnehmer) im Juni in Bonn riefen ihre Anhänger: "Es lebe die islamische Revolution!". Die U.I.S.A., einzige KHOMEINI-treue persische Extremistengruppe im Bundesgebiet, will die Mullahherrschaft im Heimatland aufrechterhalten und die islamische Revolution weitertragen.*

4.5 Inder (Sikhs)

Mit Säbeln und Messern gingen am 27. August 1989 sechs Teilnehmer einer religiösen Veranstaltung in einem Sikh-Tempel in Köln aufeinander los; drei Verletzte mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Man darf bei dem Vorfall einen politischen Hintergrund vermuten, zumal auch in Hessen und Baden-Württemberg im Juli und September 1989 zwei Inder Opfer von Auseinandersetzungen rivalisierender extremistischer Sikh-Gruppen wurden.

4.6 Srilanker (Tamilen)

Ein in Leverkusen wohnender Tamile zeigte bei der Polizei an daß er von einem Landsmann ab Herbst 1989 mehrfach dazu angehalten worden sei, 100 DM für die "Organisation" - vermutlich die terroristischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) - zu spenden. Am 24. Dezember 1989 hätten ihn zwei Personen in seiner Wohnung erneut zur Zahlung von 100 DM aufgefordert und dabei mit einer Eisenstange bedroht. Nachdem er sich tags darauf an die Polizei gewandt habe, sei er von drei Landsleuten überfallen worden. Gegen den hauptverdächtigen Srilanker wurde Haftbefehl beantragt.

4.7 Palästinenser

Gegen die im Oktober 1988 festgenommenen terrorverdächtigen Aktivisten der Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando (PFLP-GC) ermittelt der Generalbundesanwalt weiter. Bei ihnen waren seinerzeit in Neuss und Frankfurt/Main Sprengstoffe, Zündvorrichtungen, zahlreiche Waffen und sonstiges Belastungsmaterial gefunden worden. Mitte April 1989 stellte die Polizei in der Neusser Wohnung eines Hauptverdächtigen drei Radio- bzw. Fernsehgeräte sicher, die sich später als präparierte Sprengsätze entpuppten. Bei dem Versuch, sie zu entschärfen, wurden am 17. April 1989 im Bundeskriminalamt ein Beamter tödlich und ein weiterer schwer verletzt.

4.8 Iren

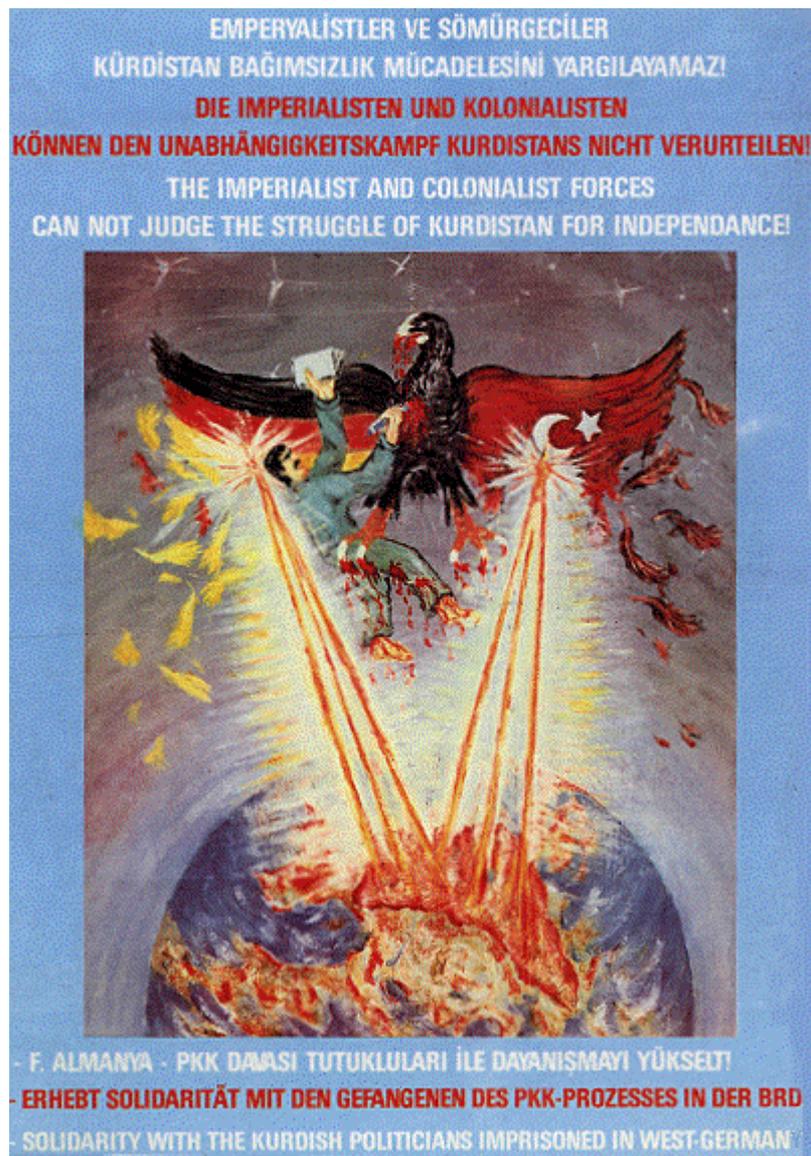
Gegen McGEOUGH und HANRATTY, mutmaßliche Aktivisten der terroristischen (Provisional) Irish Republican Army (IRA/PIRA), hat der Generalbundesanwalt Mitte Juni 1989 Anklage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben. Sie waren Ende August 1988 an der deutsch-niederländischen Grenze bei Heinsberg festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, an den IRA/PIRA-Anschlägen auf die Britische Rheinarmee im März 1987 in Mönchengladbach (Offiziersmesse) und Mitte Juli 1988 in Duisburg (Glamorgan Barracks) beteiligt gewesen zu sein.

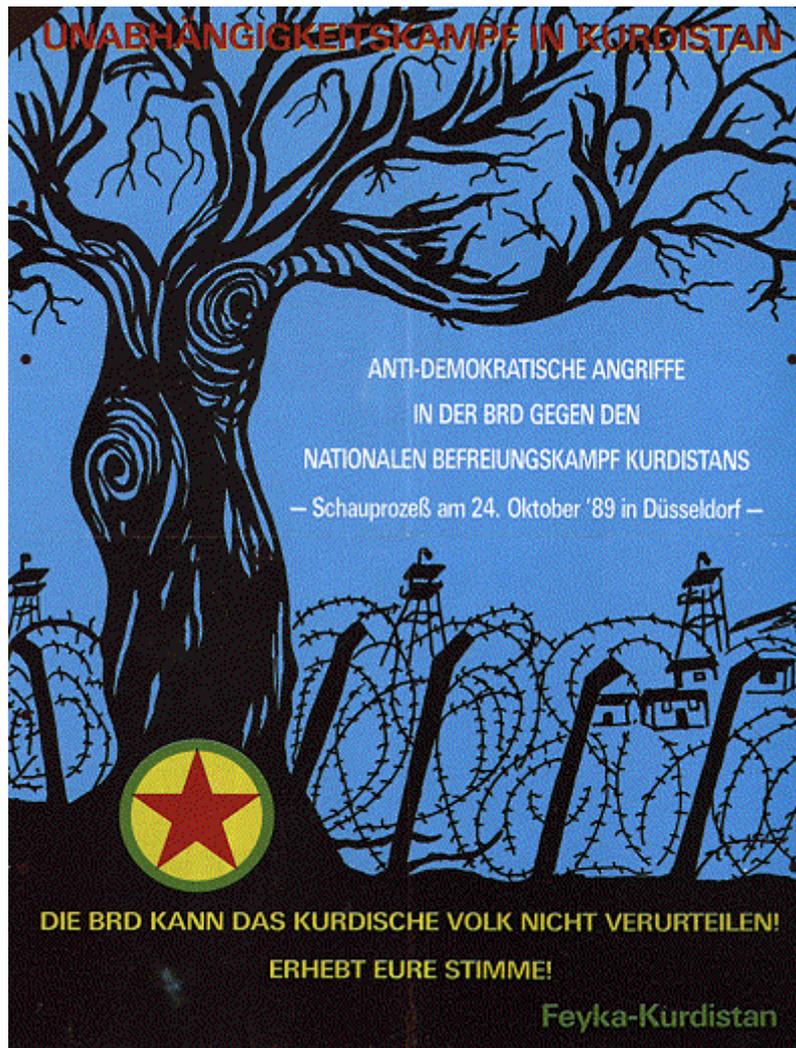
Im Juli 1989 konnten fünf weitere mutmaßliche Aktivisten der nordirischen Terrororganisation, die hierzulande Einrichtungen der Britischen Rheinarmee ausgespäht hatten, in Irland und Frankreich festgenommen werden.

Gleichwohl setzte sich die Serie von Attentaten der IRA/PIRA gegen die Britische Rheinarmee im Bundesgebiet fort. Nach Bombenanschlägen am 19. Juni in Osnabrück sowie am 2. Juli und 29. August 1989 in Hannover wurden

- *am 1. September 1989 in Münster zwei britische Soldaten aus einem Auto heraus beschossen und schwer verletzt.*
- *Am 7. September 1989 wurde in Unna die deutsche Ehefrau eines englischen Soldaten in ihrem Auto erschossen. Der Täter trug einen britischen Tarnanzug und tötete die Frau am Steuer ihres Pkw (mit britischem Kennzeichen). Die IRA/PIRA bezeichnete später den Tod der Deutschen als Irrtum.*
- *Bei einem weiteren Mordanschlag am 26. Oktober 1989 in Wegberg-Wildenrath sind ein britischer Korporal und sein sechs Monate altes Kind von zwei bisher unbekanntem Tätern getötet worden. Die Terroristen feuerten auf das Auto des Soldaten, in dem auch noch seine Ehefrau saß. Die Frau erlitt einen Schock. Die Schüsse fielen aus derselben Waffe, die am 1. September*

1989 in Münster benutzt wurde. In ihrer Selbstbezeichnung bedauerte die IRA/PIRA tags darauf den Tod des Kleinkindes.





5 Spionageabwehr

5.1 Entwicklungstendenz

Das Jahr 1989 stand im Zeichen des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs sowie damit einhergehender Unruhen und Veränderungen in den Staaten des Warschauer Paktes und in China.

Obwohl diese Entwicklungen Anlaß zu berechtigten Hoffnungen auf Entspannung sowohl im gesellschaftlich-politischen als auch im militärischen Bereich geben, ist hiermit ein Rückgang oder gar eine Einstellung nachrichtendienstlicher Aktivitäten nicht "automatisch" indiziert. Gerade in Zeiten politischer Erneuerungen ist es für die betroffenen Staaten und Regierungen von existenzieller Wichtigkeit, Informationen aus den anderen "Machtbereichen" zu erhalten.

Die Notwendigkeit einer Auslandsaufklärung wird daher selbst von führenden Reformpolitikern in den Warschauer-Pakt-Staaten nicht in Abrede gestellt. Vielmehr werden nach wie vor die "Kernbereiche der Spionage", die auf gesellschaftlich-politischem, wissenschaftlich-technischem und militärischem Gebiet liegen, für erforderlich und volkswirtschaftlich unverzichtbar gehalten.

5.2 Zielrichtung/Zielobjekte

Nordrhein-Westfalen steht mit seinen industriellen und wissenschaftlichen Zentren, der Vielzahl militärischer Einrichtungen, dem Sitz der Bundesregierung sowie den zahlreichen diplomatischen und konsularischen Vertretungen weiterhin im Hauptinteresse der Ausspähungsbemühungen östlicher Nachrichtendienste. Dies zeigt sich insbesondere am hohen Anteil der gegen Nordrhein-Westfalen gerichteten nachrichtendienstlichen Aufträge im Verhältnis zu allen gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionageaktivitäten.

Dieser hat sich gegenüber den Vorjahren u. a. durch Überläuferaussagen nahezu verdoppelt.

Zielrichtung der erkannten Spionageaktivitäten gegen Nordrhein-Westfalen war 1989 die Militärspionage vor der politischen Spionage und der Wirtschafts-/Wissenschaftsspionage, wobei - wie schon in den Vorjahren - der Anteil der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage ständig zunimmt. Demgegenüber wurde eine fallende Tendenz der nachrichtendienstlichen Aufträge hinsichtlich des politischen Bereiches erkennbar. Im Hinblick auf den stetigen Anstieg der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage lassen Aussagen von Über- und Aussiedlern heute deutlicher denn je das Ausmaß erkennen, mit dem die Spionagedienste der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die westliche Wirtschaft ausforschen und illegal Hochtechnologie beschaffen.

Namentlich das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) hat darüber hinaus flächendeckend nicht nur Unternehmen, sondern auch deren Mitarbeiter systematisch ausgeforscht und dabei wie selbstverständlich auch Datenmaterial von Wirtschaftsdiensten und Auskunfteien der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Über das den DDR-Bürgern selbst kaum bekannte Netz des ehemaligen Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR (MAH), Dr. SCHALCK-GOLODKOWSKI, ist zum Jahreswechsel 1989/90 hinreichend in den Medien berichtet worden. Doch Dr. SCHALCK-GOLODKOWSKI'S Linien waren

nicht die alleinige Beschaffungsbasis. Die Besonderheit des deutsch-deutschen Verhältnisses nutzend, schreckte das ehemalige MfS nicht davor zurück, Verwandtschaftsverhältnisse für sein vorrangiges Ziel der illegalen Know-how- und Technologiebeschaffung auszunutzen.

Neben dem groß angelegten "Technologie-Klau" durch die Spionagedienste der DDR trat insbesondere die Sowjetunion mit zunehmender Tendenz auf dem illegalen High-Tech-Markt als Nachfrager auf, und ihre Nachrichtendienste setzten ihre Agenten nach wie vor zielstrebig auf die Bereiche Wissenschaft und Forschung an.

Es bleibt abzuwarten, welchen Stellenwert die RGW-Staaten der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zukünftig beimessen werden. Jedenfalls kommt die Bereitschaft der im COCOM vertretenen Staaten, die Vorschriften für den Export von Spitzentechnologie abgestuft den voranschreitenden Demokratisierungsprozessen entsprechend zu lockern, den reformwilligen Volkswirtschaften entgegen.

5.3 Anteil der einzelnen Nachrichtendienste

Wenngleich die Nachrichtendienste der DDR mit ihren Aktivitäten gegen Nordrhein-Westfalen auch 1989 an der Spitze standen, war eine nennenswerte Steigerung nicht zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu hat die UdSSR ihre Spionageaktivitäten erheblich gesteigert. Die gegen das Land Nordrhein-Westfalen gerichteten Aufträge des polnischen Nachrichtendienstes haben sich erkennbar verringert. Bei den nachrichtendienstlichen Aktivitäten der CSFR und Rumäniens zeichnete sich eine steigende Tendenz ab, obgleich hier in Bezug zur DDR und UdSSR ein deutlich geringerer Anteil am gesamten Spionageaufkommen festzustellen war.

5.4 Einzelfälle

Die nachfolgend aufgeführten Beispiele geben einen Einblick in die im Jahr 1989 bestehenden Aktivitäten der gegnerischen Nachrichtendienste; es handelt sich dabei um Fälle, die zeitlich nach Beginn der Erneuerungs- und Demokratisierungsprozesse in den Ostblockstaaten bzw. nach Öffnung der innerdeutschen Grenze ihren Anfang genommen haben bzw. bekannt geworden waren.

- *Der 33jährige Achim SCH. unterhielt im Münsterland einen Handel mit Gebrauchtreifen, wobei er auch Geschäftskontakte zu DDR-Unternehmen pflegte. Im Rahmen dieser Ost-West-Geschäfte wurde monatlich eine Ladung gebrauchter Pkw- und Lkw-Reifen durch das Transportunternehmen VEB Deutrans abgeholt und in die DDR gebracht.*

Zu Verhandlungen über Liefermenge und Preise reiste Achim SCH. jeweils vierteljährlich zu dem Außenhandelsbetrieb (AHB) Chemie-Kunststoff-Gummi nach Ostberlin. Bei den Gesprächen mit Direktoren des Außenhandelsbetriebes merkte er sehr schnell, daß seine Verhandlungspartner als Gegenleistung für die "Beschaffung" von westlichen Konsumgütern Verträge über die Abnahme größerer Reifenmengen unterzeichneten. Da Achim SCH. jeweils auf Einladung des AHB mit seinem Pkw nach Ostberlin reiste und immer denselben Grenzübergang benutzte, erfolgte lediglich eine oberflächliche Einreisekontrolle. So war ihm die Einfuhr teilweise hochwertiger Elektrogeräte und Homecomputer problemlos möglich. Für eine erneut anstehende Vertragsverhandlung hielt sich Achim SCH. in einem Interhotel in Ostberlin auf. Unangemeldet er-

schiene zwei Angehörige des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in seinem Hotelzimmer. Sie hielten sich nicht lange mit der Vorrede auf, sondern erklärten, ihn bereits längere Zeit zu überwachen. Dabei sei aufgefallen, daß er "Luxusgüter" in die DDR einführe, ohne die erforderlichen Abgaben zu entrichten. Aufgrund dieser Verstöße gegen die Einfuhr- und Devisenbestimmungen der DDR habe er mit einer mindestens zweijährigen Haftstrafe zu rechnen.

Da ihm detailliert vorgehalten wurde, wann und wo er welche Gegenstände an Personen übergeben hatte, gestand Achim SCH. sein Fehlverhalten ein.

Die MfS-Angehörigen machten danach einen auf den ersten Blick hilfreich erscheinenden Vorschlag. Sie boten dem in Bedrängnis geratenen Reifenhändler eine Auswegmöglichkeit an: Für die Beschaffung von Informationen aus seinem Lebens- und Arbeitsbereich wurden ihm nicht nur vorläufige Straffreiheit, sondern auch ein Fortbestand seiner Geschäftskontakte in die DDR in Aussicht gestellt. Achim SCH. unterschrieb daraufhin die ihm vorgelegte Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland offenbarte sich Achim SCH. unverzüglich der Verfassungsschutzbehörde.

- *Für den 45jährigen Beamten Heinz M. brach eine Welt zusammen: Sein Lebensgefährte hatte ihn verlassen und sich einem neuen Partner zugewandt. Zu der tiefen menschlichen Enttäuschung kamen finanzielle Sorgen und dienstliche Probleme.*

In dieser Situation erhielt er einen Brief aus Warschau; der Verfasser ging ausführlich auf seine augenblicklichen Schwierigkeiten ein und bot ihm Rat und Hilfe an. Die ehrliche Absicht und Ernsthaftigkeit des Angebotes sollten fünf beigefügte Eintausendmarkscheine dokumentieren.

Ganz nebenbei erinnerte ihn der Briefschreiber an eine Begebenheit, die bereits über zwanzig Jahre zurücklag:

Heinz M. lebte bis 1968 in Polen und hatte nach einer Jugendsünde Kontakt zu einem polnischen Nachrichtendienst erhalten. In der damaligen vermeintlichen Zwangslage erklärte er sich bereit, Spitzeldienste zu verrichten. Nach einer schriftlichen Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachrichtendienst erhielt er einen Decknamen, unter dem er bis zu seiner Aussiedlung 1968 gelegentlich Informationen beschaffte.

Aus Angst vor möglichen Problemen verschwieg er den bundesdeutschen Sicherheitsbehörden seine damalige Verstrickung. Jahre später jedoch holte ihn die Vergangenheit wieder ein, denn außer den freundlichen Zeilen und der bemerkenswerten Geldsumme befand sich auch eine Kopie seiner alten Verpflichtungserklärung in dem Briefumschlag. Zum Schluß des Schreibens bat der Verfasser um ein Zusammentreffen in Prag, Warschau oder Budapest; so könnte dann in aller Ruhe und ganz persönlich über die Probleme geredet und die Form der künftigen Zusammenarbeit besprochen werden.

Zunächst ging Heinz M. nicht auf den Brief ein. Wenige Wochen später erhielt er ein zweites Schreiben, in dem er unmißverständlich aufgefordert wurde, die Beziehungen zum Nachrichtendienst wieder aufzunehmen. Unverhohlen wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei einer Weigerung seine homosexuelle Neigung in seinem beruflichen Umfeld "bekanntwerden" könnte.

Nunmehr wandte sich Heinz M. an den Verfassungsschutz und offenbarte seine Zwangslage.

Mit Wissen und Billigung des Verfassungsschutzes führte Heinz M. einige Zeit später in Rom ein Gespräch mit seinem Warschauer Treffpartner. Hier brachte er unmißverständlich zum Ausdruck, daß er nicht erpreßbar und zu einer erneuten Mitarbeit auf keinen Fall bereit sei. Um die Ernsthaftigkeit seines Entschlusses zu bekräftigen, übergab er dem verdutzten Angehörigen des polnischen Nachrichtendienstes die ihm zuvor übersandten DM 5.000,-. Dieses bestimmte Auftreten war offensichtlich so beeindruckend, daß zwar noch einige Male telefonisch versucht wurde, ihn umzustimmen, letztendlich jedoch keine weiteren Maßnahmen mehr erfolgten. Der Fall macht deutlich, daß östliche Nachrichtendienste nicht vergessen; er beweist aber auch, daß mit Hilfe der Spionageabwehr Wege gefunden werden können, einem Erpressungsversuch ohne größere Nachteile auszuweichen.



In vergleichbaren Fällen, in denen sich Bundesbürger, Aus- und Übersiedler Anwerbungsversuchen ausgesetzt sehen oder sich aus einer bereits bestehenden nachrichtendienstlichen Verstrickung lösen wollen, kann nur empfohlen werden, sich unverzüglich an den Verfassungsschutz zu wenden. Für Betroffene, die ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen haben, ist Ansprechpartner:

**Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Abteilung VI -
Haroldstraße 5
4000 Düsseldorf 1
Telefon: (0211) 8 71-28 21.**

6 Maßnahmen im Bereich des Justizministers

Die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sind, wie schon in den Vorjahren, auch 1989 in erheblichem Maße mit Strafverfahren, deren Gegenstand Straftaten im Zusammenhang mit extremistischen Umtrieben waren, befaßt worden.

6.1 Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im Jahre 1989 insgesamt 1.308 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 144 Verfahren gegen 288 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 140 Personen; vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Gegen 55 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

6.2 Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Jahre 1989 insgesamt 885 Verfahren neu eingeleitet. In dieser Zeit ist in 141 Verfahren gegen 183 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt worden. 55 Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; ein Angeklagter wurde freigesprochen. Gegen 36 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

7 Anhang

7.1 Übersicht über erwähnenswerte rechtsexremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1989	(1988)	

Deutsche Volksunion e. V. (DVU) 8000 München			"Deutscher Anzeiger" (wöchentlich)
Einschließlich Aktionsgemeinschaften:			

Aktion Deutsche Einheit (AKON) 8000 München			
---	--	--	--

Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF) 8000 München			
---	--	--	--

Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.) 8000 München			
--	--	--	--

Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA) 8000 München			
---	--	--	--

Ehrenbund Rudel (ER)			
-----------------------------	--	--	--

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur			
---	--	--	--

Deutsche Volksunion Liste D (DVU-Liste D)	25.000	(18.500)	
NRW	4.500	(3.300)	

"Die Bewegung"			
----------------	--	--	--

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1989

KÜHNEN-Gruppe			"Die Neue Front" (zweimonatlich)
NRW	20	(10)	

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	350	(450)	"FAP-Intern" (monatlich)
NRW	120	(180)	

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) 4800 Bielefeld	180	(180)	Nachrichten der HNG
NRW	20	(40)	

Junge Nationaldemokraten (JN) 5000 Köln	900	(800)	"Junge Deutsche Stimme" (unregelmäßig) "Junge Stimme" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	100	(120)	

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 7000 Stuttgart	7.000	(6.400)	"Deutsche Stimme" (monatlich) "Neuer politischer Dienst" (unregelmäßig)
Landesverband NRW 4630 Bochum-Wattenscheid	1.000	(1.000)	"NPD-Landesspiegel Nordrhein-Westfalen"
NRW: 5 Bezirksverbände 54 Kreisverbände			(monatlich) "NPD-Organisationsspiegel Nordrhein-Westfalen" (monatlich)

Nationalistische Front (NF) 4800 Bielefeld	80	(80)	"Klartext" (unregelmäßig)
NRW	50	(40-50)	"Nachrichten aus der Szene" (vierteljährlich)

Wiking-Jugend (WJ) 5190 Stolberg	400	(400)	"Wikinger" (vierteljährlich)
--	-----	-------	---------------------------------

"Die Republikaner" Landesverband NRW 4000 Düsseldorf	3.500		
--	-------	--	--

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.

7.2 Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische Parteien, neben- und beeinflusste Organisationen sowie deren Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Sitz)	Mitglieder		Presse (einschließlich Erscheinungsweise und Auflage)
	1989	(1988)	

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Partei Vorstand: 4000 Düsseldorf jetzt: 4300 Essen	22.000	(35.000)	"Unsere Zeit" (UZ) (wöchentlich) "Marxistische Blätter" (zweimonatlich)
Zentrale Einrichtungen "Institut für Marxistische Studien und Forschungen" 6000 Frankfurt/Main			
"Verein zur Förderung der Forschung und des Studiums der Sozialwissenschaften e. V. " 6000 Frankfurt/Main			
"Karl-Liebknecht-Schule" 5090 Leverkusen			
Marxistische Arbeiterbildung e.V. (MAB)			
Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus 5600 Wuppertal			
"Marx-Engels-Stiftung e.V." (früher: "Friedrich-Engels-Zentrum") 5600 Wuppertal			
Bezirk Ruhr-Westfalen 4300 Essen			
Bezirk Rheinland-Westfalen 4000 Düsseldorf Jetzt: 5090 Leverkusen			
NRW	6.500	(11.500)	

Junge Pioniere (JP) 4600 Dortmund	800	(3.000)	"pionier" (monatlich 4 000)
Landesverband Ruhr-Westfalen 4300 Essen			
Landesverband Rheinland- Westfalen 5000 Köln			

Marxistische Gruppe	5.000	(3.000)	Marxistische Arbeiterzeitung"
---------------------	-------	---------	-------------------------------

NRW	350	(250)	(MAZ) "Marxistische Hochschulzeitung" "MSZ-Gegen die Kosten der Freiheit" (Zentralblatt) (zweimonatlich)
-----	-----	-------	--

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 4300 Essen	1.400	(1.300)	"Rote Fahne" (7 000 wöchentlich)
NRW	600	(600)	

Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 5300 Bonn	1 800	(3.500)	"rote blätter" (6 500 monatlich)
NRW	600	(950)	

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 4600 Dortmund	2.000	(6.500)	"elan" (inoffiziell) (8 000 monatlich)
Landesverband Ruhr-Westfalen 4300 Essen			
Landesverband Rheinland-Westfalen 5000 Köln			
NRW	300	(2.000)	

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 5000 Köln	400	(450)	"Sozialistische Zeitung" (SOZ) (2 500 vierzehntäglich)
NRW	180	(180)	

Anmerkung:

Die Aufnahme von extremistisch **beeinflußten** Organisationen in die vorstehende Übersicht bedeutet **nicht**, daß die eigene Zielsetzung einer solchen Organisation als extremistisch zu beurteilen ist.